IMT Nuremberg Archives

H – 830

International Court of Justice

H0830 – 0002

Notice.

Not to be publicized until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

A ne pas publier avant présentation devant le tribunal en session publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jener Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

H0830 – 0003

Ri. Exhibit Nr. 144

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 140

Der deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt.

Bericht

Thorn, den 2. Januar 1939

Abs. 1. Neben den das Deutschtum hier allmählich vernichtenden Massnahmen der polnischen Behörden (Verhaftungswelle wegen Spionage, Grenzzonenausweisungen, Agrarreform usw. usw.) gehen Angriffe polnischer Verbände einher, die staatlicherseits nicht unterbunden, sondern geduldet werden. Solche Angriffe werden seitens des berüchtigten Westverbandes in aller Öffentlichkeit gegen deutsche Geschäfte und Handwerker geführt mit dem Ziel, diese Geschäfte durch Boykottierung zu vernichten.

....

von Kühler.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

[illegible] t. M. Horn
gez. Dr. Horn
Rechtsanwalt.

Ri. Exhibit Nr. 145.

A b s c h r i f t .

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2.

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 142.

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt.

B e r i c h t .

Thorn, den 19. Januar 193

Abs. 1. In der letzten Zeit habe ich wiederholt darüber berichten müssen, dass die polnischen Behörden allenthalben in rigoroser Weise gegen das Deutschtum vorgehen. Diese einheitliche Aktion lässt darauf schliessen, dass von zentraler Stelle aus Weisungen in dieser Richtung gegeben worden sind. Die wichtigsten Ereignisse der allerletzten Zeit sind das Vorgehen gegen Einzelpersonen, Ausweisungen, Nichtverlängerung von Aufenthaltserlaubnissen, die Beschlagnahme des Herbergsvereins in Graudenz sowie die Untersuchung im Hauptbüro und den Ortsgruppen der Deutschen Vereinigung.

Abs. 2. Angesichts dieser Verfolgung des Deutschtums ist es nicht verwunderlich, dass sich der deutschen Bevölkerung eine verzweifelte Stimmung bemächtigt hat und dass man die Lage des Deutschtums hier nicht mit Unrecht als gefährdeter denn je zuvor ansieht. Die Lage des Deutschtums hier hat sich trotz des vielfach betonten Verständigungswillens gegenüber früher wesentlich verschlechtert. Diese Stimmung innerhalb des Deutschtums bewirkt selbstverändlich auch eine erneute Zunahme der Abwanderungsanträge.

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

M. Horn
gez. Dr. Horn
Rechtsanwalt.

von Küchler.

H0830 - 0005

Ri. Exhibit Nr. 146.

A b s c h r i f t .

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 146.

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt.

T e l e g r a m m .

Warschau, den 25. Febr. 3[illegible]

Abs. 1. Die aus heutiger DNB-Meldung bekannte deutsch-feindliche Demonstration vor Botschaftsgebäude ist schärfste Kundgebung, die seit den letzten acht Jahren hier stattgefunden hat. Abgesehen vom Einwurf eines Fensters wurde zu ersten Mal Hassgesang der "Rota" vor der Botschaft gesungen und während einer Viertelstunde wechselten Sprechchöre ab mit Rufen wie "Nieder mit Hitler", 'Fort mit den deutschen Hunden", Es lebe das polnische Danzig", Nieder mit der deutschfreundlichen Politik". Die beiden vor der Botschaft stationierten Polizeibeamten beschränkten sich darauf, den Eingang das Gebäudes zu beschützen. Erst der herbeigrufenen Verstärkung durch berittene Polizei und dr Panzerwagen gelang es, die Strassen zu säubern.

. . .

M o l t k e .

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

M. Horn
gez. Dr. Horn
Rechtsanwalt.

H0830 – 0006

Ri. Exhibit Nr. 147.

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2.

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 147.

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt.

T e l e g r a m m .

Warschau, den 25. Febr.

Abs. 1. Heutige erneute Demonstration vor Botschaft spielte sich in ähnlichen Formen ab wie gestrige mit dem Unterschied, dass dieses Mal schwere Steine gegen das Gebäude geworfen wurden, durch die ein Fenster im Unter= und zwei Fenster im Oberstockwerk durchschlagen wurden. Die Polizei, die seit gestern erheblich verstärkt worden war (es befanden sich in unmittelbarer Nähe der Botschaft 4o Polizisten) verhielt sich während der ganzen Dauer de 15 Minuten anhaltender Kundgebun völlig untätig. Der Abzug der 3oo köpfigen Menge scheint im Verhandlungsweg erreicht worden zu sei.. Demonstranten setzten sich vorwiegend aus rechtsradikalen Studenten zusammen.

. . . . . .

- - - - - - - - - - - - -

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

M. Horn
gez. Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

300
Ri. Exhibit Nr. 148.

H0830-0007

A b s c h r i f t

aus dem Weiss-Buch Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 151

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Februar 39

Abs. 1 Unter den deutschfeindlichen Kundgebungen, die im Zusammenhang mit dem Danziger Studentenkonflikt polnischerseits in Szene gesetzt wurden, ist besonders die Versammlung der Akademischen Legion, die am vergangenen Sonntag in der Warschauer Universität stattfand, hervorzuheben... Der vom Kriegsminister ernannte Leiter der Akademischen Legion Oberst Tomaszewski hielt eine leidenschaftliche Ansprache an die Studenten, in der er an ihren patriotischen Geist appellierte und Opferbereitschaft von ihnen forderte; hierbei flocht er verschiedentlich politische Ausfälle ein, die teils ausdrücklich gegen Deutschland gemünzt waren und in diesem Sinne von seinen Zuhörern verstanden wurden. Polen, so erklärte er, habe keinerlei Territorien zurückzugeben, dagegen mehr als eines zurückzufordern. (Zwischenrufe: Das polnische Danzig! Das polnische Ostpreussen!) Danzig, so fuhr Tomaszewski fort, sei eine Eiterbeule am polnischen Leibe, die man aufschneiden müsse.

Abs. 5 Den Entschuldigungen, die am Freitag und Sonnabend durch den Chef des Protokolls und den Warschauer Wbiwoden erfolgt waren, hat sich Herr Beck persönlich bei unserem Zusammentreffen anlässlich des Diners für Graf Ciano auf der italienischen Botschaft angeschlossen . . . . . .

von Moltke

- - - - - - - - - - - - -

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt: M. Horn
gez. Dr. Horn
Rechtsanwalt.

H0830 - 0008

"Exhibit Ri.Nr.149 "

Abschrift
aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr.2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr.200.

Unterredung des Führers mit dem Polnischen Aussenminister Beck im Beisein des Reichsministers des Auswärtigen, des Deutschen Botschafters in Warschau und des Polnischen Botschafters in Berlin.

Berchtesgaden, 5.Januar 1939.

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt.

Oberst Beck unterstrich einleitend die Tatsache, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Septemberkrise ihre Probe voll und ganz bestanden hätten. Wenn sich in den letzten Monaten vielleicht ein gewisses Absinken von dem hohen Niveau der Septembertage bemerkbar gemacht hätte, so solle man sich nach Ansicht der Polnischen Regierung auf beiden Seiten bemühen, die Ursachen einiger Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich in der letzten Zeit ergeben hätten. Als eine dieser Schwierigkeiten erwähnte Herr Beck die Danziger Frage und betonte hierbei, dass hier nicht nur die Deutsche und die Polnische Regierung, sondern auch dritte Parteien, wie unter anderem auch der Völkerbund, in Frage kämen. Was hätte z.B. zu geschehen, falls sich der Völkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurückzöge? Auch sonst gäbe es noch einige weitere Fragen, in denen bestehende Missverständnisse beseitigt werden sollten, u.a. die Garantierung der tschechoslovakischen Grenze, und zwar ob sie sofort erfolgten solle oder, wenn überhaupt, zu welchem Zeitpunkt sie in Aussicht genommen wäre. Besonders sei Polen in diesem Zusammenhang an der Karpatho-ukrainischen Frage interessiert. Er erinnere an ein Wort Pilsudskis von der Balkanisierung Mitteleuropas. Polen erkenne in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium betätigten, alte Feinde wieder und fürchtete, dass dass die Karpatho-Ukraine sich möglicherweise einmal zu einem Herd derartiger Beunruhigung für Polen entwickeln könne, dass sich die Polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlasst sehen würde, aus dem sich weitere Komplikationen ergeben könnten. Dies sei der hauptsächlichste Grund für das Streben Polens nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gewesen.

Der Führer erwiderte, dass zur Bereinigung aller bestehender Schwierigkeiten zunächst einmal auf die Grundtendenz des deutsch-polnischen Verhältnisses zurückgegriffen werden müsste. Von deutscher Seite könne er betonen, dass sich in dem Verhältnis Deutschlands zu Polen, wie es sich auf Grund der Nichtangriffserklärung vom Jahre 1934 darstelle, nicht das geringste geändert habe. Was insbesondere die Frage der Karpatho-Ukraine anbelange, so könne er im Hinblick auf die Deutschland in der Weltpresse unterschobenen Absichten erklären, dass Polen in dieser Hinsicht nicht das geringste zu befürchten hätte. Deutschland hätte jenseits der Karpathen keine Interessen und es sei ihm gleichgültig was die an diesen Gebieten interessierten Länder dort täten. Die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch von Deutschland in der ukrainischen Frage eingenommene Haltung, die in Polen vielleicht zu gewissen Missverständnissen geführt habe, erkläre sich aus der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit. Dieser Schiedsspruch sei nach Anhörung beider Parteien auf der Grundlage der ungarischen Forderungen durchgeführt worden. Sein (des Führers) Wunsch, auf keinen Fall einen internationalen Konflikt zuzulassen, sei letzten Endes der ausschlaggebende Grund für seine Haltung in der ukrainischen Frage gewesen.

H0830 – 0009

Was das deutsch-polnische Verhältnis im einzelnen angehe, so wolle er noch einmal wiederholen, dass sich an der deutschen Einstellung gegenüber Polen seit 1934 nichts geändert habe. Um zu einer endgültigen Bereinigung der zwischen beiden Ländern noch schwebenden Fragen zu gelangen, dürfe man sich nicht auf die mehr negative Abmachung vom Jahre 1934 beschränken, sondern müsse die einzelnen Probleme einer endgültigen vertraglichen Regelung aufzuführen suchen. Von deutscher Seite gäbe es ausser der Memelfrage, die ihre Regelung in deutschem Sinne finden würde(es habe den Anschein, dass die Litauer an einer vernunft. gemässen Lösung mitwirken wollten), im direkten deutsch-polnischen Verhältnis das für Deutschland gefühlsmässig sehr schwerige Problem des Korridors und Danzig zu lösen. Man müsse seiner Ansicht nach von alten Schablonen abweichend hier Lösungen auf ganz neuen Wegen suchen. So könne man sich im Falle Danzig z.B. eine Regelung denken, nach der diese Stadt politisch wieder dem Willen ihrer Bevölkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugeführt würde, wobei selbstverständlich die polnischen Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden müssten.Dies sei ja auch Danzigs Interesse, denn Danzig könne wirtschaftlich ohne Hinterland nicht leben, und so dächte er, der Führer, an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bliebe.

Danzig sei deutsch, werde stets deutsch bleiben und früher oder später zu Deutschland kommen.

Bezüglich des Korridors, der, wie erwähnt, für Deutschland ein schweres psychologisches Problem darstelle, wies der Führer darauf hin, dass für das Reich die Verbindung mit Ostpreussen, ebenso wie für Polen die Verbindung mit dem Meer, lebenswichtig sei. Auch hier könne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung völlig neuer Lösungsmethoden gerecht werden.

Wenn es gelänge, auf dieser vernünftigen Grundlage eine endgültige Bereinigung der Einzelfragen herbeizuführen, wobei selbstverständlich jeder der beiden Partner zu seinem Recht kommen müsse, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, auch Polen gegenüber die mehr negative Erklärung von 1934 in einem positiven Sinne ähnlich den Abmachungen mit Frankreich dadurch zu ergänzen, dass nunmehr von deutscher Seite eine klare, vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben würde. Polen würde dann den grossen Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschliesslich des Korridors - der Führer unterstrich noch einmal die psychologische Schwierigkeit dieses Problems und die Tatsache, dass nur er es einer solchen Lösung zuführen könne - vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei für ihn (den Führer) nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er würde deshalb sicherlich, besonders von der bürgerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaube er doch, dass eine derartige Lösung die beste wäre. Genau so wenig wie man heute von Südtirol oder von Elsass- Lothringen spreche, würde man dann vom polnischen Korridor hören, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben hätte .

Der Polnische Aussenminister Beck dankte dem Führer für die Darlegung des deutschen Standpunktes und erklärte, dass auch Polen absolut an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenüber festhalte.

Polen würde die Linie der unabhängigen Politik weiter verfolgen, die es bereits in früheren Jahren geübt hätte, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege über einen Ostpakt näher mit Russland zu verbinden. Polen sei zwar in Bezug auf

H0830-0010

Die Erhöhung seiner Sicherheit nicht so nervös wie Frankreich und halte nichts von den sogenannten "Sicherheitssystemen", die nach der Septemberkrise endgültig abgewirtschaftet hätten, was einen Wendepunkt der Geschichte bedeute. Es wisse aber die in der vom Führer soeben abgegebenen Erklärungen erneut zum Ausdruck gebrachte deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen. Es halte auch seinerseits an der alten Linie Deutschland gegenüber fest.

Was das deutsch-polnische Verhältnis angehe, so nehme er von den vom Führer ausgesprochenen Wünschen Kenntnis. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch ausserordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang müsse man besonders die öffentliche Meinung in Polen in Rechnung stellen. Dabei sehe er ganz von der Haltung der "Kaffeehausopposition" ab. Während seiner siebenjährigen Amtszeit habe er sich nicht im geringsten um die Kaffeehausmeinung gekümmert und sei immer noch im Amt. Er müsse jedoch auf die wirkliche Meinung des Volkes Rücksicht nehmen und sehe hier allerdings Schwierigkeiten für eine Lösung der Danziger Frage. Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe überlegen.

Auf die übrigen vom Führer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Beck nicht näher ein, sondern beschloss seine Ausführungen mit der erneuten Bekräftigung, dass in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 befolgten Linie treu bleiben würde.

Schmidt.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt

Nürnberg, ... März 1946

gez. M.Horn .

H0830-0011

"Exhibit RiNr.150"

Abschrift
aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr.2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 201.

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Aussenminister Beck, München, 6.Januar 1939.

Aufzeichnung

Berlin, den 9.Januar 1939

In etwa anderthalbstündiger Aussprache mit Herrn Beck kam dieser sofort wieder auf das Danziger Problem zu sprechen. Er sagte, dass auch Polen bestrebt sei, in freundschaftlich-nachbarlichem Verhältnis mit Deutschland zu leben, und dieses zu vertiefen. Das einzige Problem, das hierbei sich demnächst störend auswirken könnte, sei die Danziger Frage. Zwei Möglichkeiten könnten sich ergeben, dass wir zu dem Problem Stellung nehmen müssten:

1. dass der Völkerbund sich vielleicht an der Danziger Frage desinteressieren und das Kommissariat aufgeben würde, dann müssten Deutschland und Polen sich selbst mit der Frage auseinandersetzen;

2. dass die Polen durch neue Entwicklungen in Danzig gezwungen würden, Stellung zu nehmen.

Das Problem läge tatsächlich sehr schwierig und er habe sich schon den Kopf zerbrochen, wie man eine Lösung finden könne, aber bisher ohne Resultat.

Beck wies zum Schluss nochmals darauf hin, dass Danzig in der Mentalität des ganzen polnischen Volkes einen Prüfstein für die deutsch-polnischen Beziehungen darstelle und dass es sehr schwer sein würde, dies irgendwie zu ändern.

Ich habe daraufhin Herrn Beck folgendes auseinandergesetzt:

1. Wie der Führer schon gesagt habe, stände über allem der absolute Wunschauf deutscher Seite nach einer endgültigen und umfassenden, grosszügigen Konsolidierung des gegenseitigen Verhältnisses.

2. Zwei Probleme schienen hierfür von Bedeutung:

a) die unmittelbaren deutsch-polnischen Beziehungen. Hier dächte ich mir folgende Lösung:
Rückgliederung Danzigs an Deutschland. Dagegen Sicherstellung aller wirtschaftlichen InteressenPolens in dieser Gegend, und zwar in grosszügigster Weise. Verbindung Deutschlands zu seiner Provinz Ostpreussen durch eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn. Hierfür als Gegenleistung seitens Deutschlands Garantierung des Korridors und des gesamten polnischen Besitzstandes, also endgültige und dauernde Anerkennung der gegenseitigen Grenzen.

b) die tschechisch-karpatho-ukrainische Frage.
Hier habe ich wiederholt, dass in München ethnographische Grenzen festgesetzt

H0830 – 0012

seien. Sollte hier von irgendeiner Seite das Prinzip der politischen Grenzen aufgeworfen werden, könne Deutschland sich natürlich nicht desinteressieren. Wenn ansich auch das deutsche politische Interesse nicht über die Karpathen hinausginge, so könne Deutschland ein Desinteressement an einer Grenzverschiebung auch darüber hinaus an der Tschechoslowakei und der Karpatho-Ukraine nicht aussprechen, denn es könne durch solche Ereignisse leicht in einen Konflikt hineingezogen werden. Der Wiener Schiedsspruch müsse eingehalten werden und unsere Grundauffassung sei es, dass, wenn andere Wünsche irgendwie hier aufkämen, solche mit den deutschen Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müssten.

Am Schluss der Unterhaltung habe ich dann Herrn Beck gegenüber noch die Behandlung unserer deutschen Minoritäten beanstandet, vor allem im Olsagebiet, und in diesem Zusammenhang auf Grazynskis dauernde antideutsche Machenschaften eindrücklichst hingewiesen. Herr Beck sagte mir, dass er dieser Frage bereits ernste Aufmerksamkeit geschenkt habe und dass er seinerseits alles tun werde, um diese Dinge in eine ruhigere Bahn zu bringen.

Ich habe dann Herrn Beck noch für seine Einladung nach Warschau gedankt und diese prinzipiell angenommen. Datum wurde noch nicht festgesetzt. Es wurde vereinbart, dass Herr Beck und ich uns den Komplex eines möglichen Vertragswerkes zwischen Polen und uns noch einmal eingehend durch den Kopf gehen lassen wollten. Durch Lipski und Moltke sollte dann in den nächsten Wochen weiter verhandelt werden und der Besuch sollte auf alle Fälle noch in diesem Winter stattfinden.

von Ribbentrop

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1946

gez. M.Horn.

H0830 - 0013

Ri.Exhibit Nr. 151

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 170

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswaertige Amt

Bericht

Warschau, den 30. Mai 1938

Abs. 1 Die Erwartung, dass die Lage der deutschen Minderheit in Polen durch die gemeinsame Erklaerung der Deutschen und der Polnischen Regierung über die Behandlung der beiderseitigen Minderheiten vom 5. November 1937 eine wesentliche Besserung erfahren würde, hat sich leider nicht erfüllt.

Abs.6 Ich habe in allen vorerwähnten Fragen ständig bei der Polnischen Regierung nachdrückliche Vorstellungen erhoben, die weiter fortgesetzt werden, da die Polnische Regierung bisher unseren Wünschen kaum entsprochen hat. Hierbei habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass uns das Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen mit Sorge erfülle und dass die ständig unterschiedliche Behandlung der deutschen Minderheit in Polen naturgemäss eine Belastung unserer gutnachbarlichen Beziehungen zur Folge haben müsse. Ferner habe ich weisungsgemäss geltend gemacht, dass die polnische Minderheit im Reich überall in Arbeit und Brot steht, während die Deutschen in Polen trotz des auch dort erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs lediglich wegen ihres Deutschtums ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt werden. Im übrigen sei der beste Beweis unseres guten Willens, auf dem Minderheitengebiet

H0830 – 0014

Beschwerden auszuräumen, unser wiederholter Vorschlag an die Polnische Regierung von Zeit zu Zeit eine Aussprache von deutschen und polnischen Sachverständigen stattfinden zu lassen, eine Anregung auf die die Polnische Regierung leider bisher nicht eingegangen sei.

von Moltke

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:
M. Horn
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830 – 0015

Ri.Exhibit Nr. 152

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 178

Der Reichsminister des Innern an das Auswärtige Amt

Berlin, den 4. März 1939

Abs.1 Die Verhandlungen über Minderheitenfragen, die am 27. Februar unter meiner Leitung mit den Vertretern der Polnischen Regierung begonnen wurden, sind gestern zum Abschluss gelangt. ...

Abs.2 Die Verhandlungen haben leider ein durchaus unbefriedigendes Ergebnis gehabt. Die Polen denken nicht daran, ihre Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe irgendwie zu ändern. Sie mögen auf weniger wichtigen Gebieten zu kleinen Zugeständnissen bereit sein, in den das Leben der deutschen Volksgruppe berührenden Fragen sind sie jedoch bestrebt, ihre bisherige Entdeutschungspolitik mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Im Auftrag

V o l l e r t

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:
M. Horn
Dr. Horn
Rechtsanwalt

H0830 – 0016

Ri.Exhibit Nr. 153

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 152

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter.

Aufzeichnung

Berlin, den 28. Februar 1939

Abs.1 Ich empfing heute den Polnischen Botschafter und sagte ihm, dass ich mit immer steigendem Unbehagen die Entwicklung in Polen auf Grund der likalen Danziger Studentenzwischenfälle betrachte. ..... Er, Lipski, kenne ja die Grundeinstellung des Führers, die einen grossen endgültigen Ausgleich mit Polen finden möchte, und dies Einstellung sei immer unverändert. Durch solche bedauerlichen Vorkommnisse könne allerdings dieser Ausgleich sehr erschwert oder zumindest sehr verzögert werden.

von Ribbentrop

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:
M. Horn
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

Exhibit Ri. Nr. 154.

A b s c h r i f t
aus dem Weiss-Buch des Auswärtigen Amtes 1939 Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 203.

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 21. März 1939.

Aufzeichnung.

Ich bat heute auf 12 Uhr den polnischen Botschafter Lipski zu mir. Ich schilderte Herrn Lipski zunächst die Entwicklung der tschecho-slowakischen Frage und erklärte ihm, dass es mir angesichts der sich überstürzenden Ereignisse nicht möglich gewesen sei, die fremden Vertreter hier so zu unterrichten, wie ich es gewünscht hätte. Ich habe aber Botschafter von Moltke, der sich gerade in Berlin aufhielt, eingehend informiert und ihn beauftragt, seinerseits Aussenminister Beck ins Bild zu setzen. Ich schilderte sodann die Vorgänge im einzelnen, die den Führer zu seinem Eingreifen veranlasst hatten.

Es sei uns aufgefallen, dass sich in der Rest-Tschechoslowakei der Benesch-Geist wieder geregt habe. Alle Warnungen des Führers an Herrn Chvalkovsky seien ungehört verhallt. In der letzten Zeit habe die Prager Regierung versucht, diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Slowakei vorzugehen. Auch die Drangsalierung der Deutschen in den Sprachinseln habe wieder begonnen.

Ich nehme an, dass die Regelung, die die karpatho-ukrainisch Frage inzwischen gefunden habe, grösste Zufriedenheit in Polen ausgelöst habe. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren bedeute eine endgültige Befriedigung dieses Raumes, die historischen Grundsätzen entspreche und schliesslich allen zugute komme.

Botschafter Lipski äusserte sich alsdann besorgt wegen der Übernahme das Schutzes der Slowakei durch Deutschland. Diese Mitteilung habe in Polen stark eingeschlagen, denn der Mann auf der Strasse könne einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten. Die Slowaken seien ein sprachverwandtes Volk. Die polnischen Interessen in diesem Gebiet seien auch historisch bedingt und rein realpolitisch müsse man zugeben, dass die Erklärung des Schutzverhältnisses nur als Schlag gegen Polen empfunden werden könne.

Ich wies Botschafter Lipski auf die Tatsache hin, dass die unabhängige Slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz angefufen habe. Sicherlich sei die Erklärung des Schutzverhältnisses nicht gegen Polen gerichtet. Hierbei gab ich deutlich zu verstehen, dass man die Frage gemeinsam einmal beraten könne, falls das allgemeine deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nehme; man könne hierbei an eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates denken. Leider habe ich jedoch feststellen müssen, dass sich in dem deutsch-polnischen Verhältnis eine allmähliche Versteifung bemerkbar mache. Diese Entwicklung habe bereits seit einigen Monaten begonnen. Es sei hier aufgefallen, welche merkwürdige Haltung Polen in der Minoritätenkommission eingenommen habe. Die durch polnische Studenten provozierten Danziger Zwischenfälle hätten ebenfalls zu denken gegeben. Botschafter Lipski bestritt auf das energischste, dass derartige Zwischenfälle durch polnische Studenten hervorgerufen worden seien. Auch meine Bemerkung, dass nach Auffassung des Führers die Schilder, die zu den Zwischenfällen geführt hätten, von polnischen Studenten angebracht worden seien, bestritt Herr Lipski auf das lebhafteste und behauptete, dass hieran polnische Studenten in keiner Weise beteiligt gewesen seien.

H0830 - 0017

Weiterhin machte ich den Polnischen Botschafter auf die dauernden Presseangriffe aufmerksam, auf die deutschfeindlichen Demonstrationen anlässlich des Ciano-Besuches und auf die heute bestehende offene Pressefehde. Diese Pressefehde scheine mir in jeder Richtung unberechtigt zu sein. Der Führer habe immer auf einen Ausgleich und auf eine Befriedigung mit Polen hingearbeitet Auch jetzt verfolge der Führer noch dieses Ziel. In zunehmendem Masse sei aber der Führer über die polnische Haltung verwundert. Bisher habe ich die deutsche Presse gegenüber Polen zurückgehalten, wie der Polnische Botschafter sich selber durch einen Blick in die deutsche Presse vergewissern könne. Es würde mir aber nicht möglich sein, auf die Dauer derartige Angriffe unbeantwortet zu lassen. Aus einer derartigen beiderseitigen Pressefehde könne dann bald ein Zustand entstehen, bei dem unsere Beziehungen auf dem Nullpunkt ankämen. Es erschiene mir erforderlich, dass man einen neuen Versuch unternehme, die deutsch-polnische Politik in das richtige Geleise zu bringen, und es erschiene mir richtig und zweckmässig, wenn bald einmal eine persönliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen Staatsmännern stattfände.

Ich würde mich freuen, wenn Aussenminister Beck demnächst einen Besuch in Berlin abstatten würde. Wie mir der Führer gesag habe, würde auch er eine solche Aussprache warm begrüssen. Auf den möglichen Inhalt einer solchen Aussprache eingehend, erklärte ich Herrn Lipski zunächst, er müsse zugeben, dass Deutschland an der Schaffung und der heutigen Existenz Polens nicht unbeteiligt sei und dass Polen seine heutige territoriale Ausdehnung dem schwersten Unglück Deutschlands verdanke, nämlich der Tatsache, dass Deutschland den Weltkrieg verloren habe.

Allgemein werde die Korridor-Regelung als die schwerste Belastung des Versailler Vertrags für Deutschland empfunden. Keine frühere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprüche zu verzichten, ohne dass sie nicht innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt wäre. Der Führer denke anders über das Korridor-Problem. Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne. Voraussetzung hierfür sei aber die Rückkehr des rein deutschen Danzig zum Reich sowie die Schaffung einer exteritorialen Bahn- und Autoverbindung zwischen dem Reich und Ostpreussen. Nur hierdurch würde für das deutsche Volk der Stachel beseitigt, der in der Existenz des Korridors liege. Wenn die polnischen Staatsmänner in Ruhe den realen Tatsachen Rechnung trügen, dann könne man auf folgender Basis eine Lösung finden: Rückkehr Danzigs zum Reich, exteritoia Eisenbahn- und Autoverbindung zwischen Ostpreussen und dem Rei und hierfür Garantie des Korridors. Ich könnte mir vorstellen, dass man in einem solcen Falle die slowakische Frage im erwähnten Sinne zu behandeln in der Lage wäre.

Botschafter Lipski versprach, Aussenminister Beck zu informieren und alsdann Nachricht zu geben.

Ich schlug vor, dass Botschafter Lipski zur mündlichen Berich erstattung nach Warschau führe. Ich wiederholte noch einmal, wi nützlich mir ein endgültiger Ausgleich zwischen Deutschland und Polen gerade im jetzigen Stadium erschiene. Dies sei auch wichtig, weil der Führer bisher über die merkwürdige Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert sei; es käme darauf an dass er nicht den Eindruck erhalte, dass Polen einfach nicht wolle.

von Ribbentrop

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus dem aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.
Nürnberg, ... März 1946.

M. Horn
gez. Dr. Martin Horn.

H0830 - 0018

HO830 – 0019

Dok. Nr.203. "Exhibit Ri. Nr...."

auch wichtig, weil der Fuehrer bisher ueber die merkwuerdige Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert sei; es kaeme darauf an, dass er nicht den Eindruck erhalte, dass Polen einfach nicht wolle.

von Ribbentrop

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg, /... Maerz 1946

gez. Dr.Horn

"Exhibit Ri. Nr. 155.

H0830 - 0020

A b sc h r i f t
aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichtedes Krieges.

Nr. 204.

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt.

Telegramm.

Warschau, den 24. März 1939.

Kurzfristige Reservisteneinziehung, drei bis vier Jahrgänge, und zwar 1911 bis 1914, ferner 1906 und 1907, örtlich verschieden, sicher bestätigt. Reserveoffiziere technischer Truppen eingezogen.

Moltke

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1946.

M. Horn
gez. Dr. Horn
Rechtsanwalt.

"Exhibit Ri. Nr. 156.

A b s c h r i f t
aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 206.

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm.

Warschau, den 24. März 3

Bereits gemeldete Reservisteneinziehungen deuten darauf hin, dass militärische Kreise auf Leitung polnischer Aussenpolitik wachsenden Einfluss gewinnen. Zwar scheint einstweile Position des Aussenministers noch stark zu sein, wie auch aus Verhaftung des prominenten Redakteurs Mackiewicz hervorgeht, der, obwohl Pilsudskist, sich zu scharfem Gegner Becks entwickelt hat, doch steht zu besorgen, dass Beck schärferen Kurs mitmachen wird, wenn er durch bedrohende nationalistische Welle dazu gezwungen würde.

Über engliche Anregungen, deretwegen in letzten Tagen wiederholte Besuche des Englichen Botschafters in hiesigem Aussenministerium stattgefunden haben, ist etwas Bestimmtes bisher nicht zu erfahren gewesen. Es lässt sich deshalb noch nicht beurteilen, ob etwa die polnischen Mobilmachungsmassnahmen durch diese englische Aktion beeinflusst worden sind. In diesem Zusammenhang scheint mir eine Äusserung berichtenswert, die Unterstaatssekretär Arciszewski hier einigen Diplomaten gegenüber getan hat. Unter abfälligen über England und Frankreich, die immer wieder, ohne eigenes Risiko einzugehen, Polen für fremde Zwecke missbrauchen wollen, erklärte er, dass Polen sich niemals lediglich für Interessen anderer Mächte schlagen werde. Auch sonst kann man nach den Richtlinien der Beck'schen Politik wohl annehmen, dass Polen sich nur ungern dazu bereit finden würde, in irgendeine generelle Kombination einzutreten oder sich in Aktionen verwickeln zu lassen, die es zwingen würden, seine Position vorzeitig und sichtbar festzulegen. Das bedeutet natürlich nicht, dass Pole nicht zugreifen würde, wenn sich gelegentlich dieser Verhandlungen die Möglichkeit bieten sollte, feste Zusagen von englischer Seite zu erhalten, die seine Sicherheit erhöhen würden.

Moltke

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt:

Nürnberg, ... März 1946.

M. Horn
gez. Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0830 - 0021

H0830 - 0022

Ri.Exhibit Nr. 157

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 438

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 10. Juli 1939

(Übersetzung)

Abs.3 ..... Am 23. März ordnete Polen gewisse Defensivmassnahmen an, und am 26. März schickte es seine Antwort nach Berlin. Ich bitte das Haus, sich diese Daten sorgfältig zu merken. Es ist in Deutschland offen erklärt worden, dass es die britische Garantie gewesen sei, die die Polnische Regierung dazu ermutigt habe, die vorstehend bezeichnete Aktion zu unternehmen. Es muss jedoch festgestellt werden, dass unsere Garantie erst am 31. März gegeben wurde, am 26. März war darüber der Polnischen Regierung gegenüber noch nicht einmal Erwähnung getan worden.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830 – 0023

Ri.Exhibit Nr. 158

A b s c h r i f t
aus W e i s s - B u c h Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 271
Aus der Rede des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Lord Halifax im Oberhaus, 20. März 1939

(Übersetzung)

..... Wenn und zu dem Zeitpunkt aber, an dem es den Staaten klar wird, dass es augenscheinlich keine Garantie gegeneinander folgende Angriffe gibt, die der Reihe nach gegen alle diejenigen gerichtet sind, die ehrgeizigen Weltherrschaftsplänen im Wege stehen, dann schlägt die Waagschale sofort nach der anderen Richtung aus, und man wird voraussichtlich in allen betroffenen Kreisen einer weit grösseren Bereitschaft begegnen, Erwägungen darüber anzustellen, ob nicht zwecks gegenseitiger Unterstützung die Übernahme ausgedehnter gegenseitiger Verpflichtungen geboten erscheint, wenn auch nur aus dem Grunde der Notwendigkeit der Selbstverteidigung. Die Regierung Seiner Majestät hat es nicht unterlassen, aus diesen Ereignissen die Lehre zu ziehen und hat keine Zeit dabei versäumt, nicht nur mit den Dominions sondern auch mit anderen Regierungen, die von den so plötzlich offenkundig gewordenen Fragen betroffen werden, in enge und praktische Konsultation zu treten. .....

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Ri.Exhibit Nr. 159

Aus:

Dokumente der deutschen Politik, Band 7 I

Fussnote zu:

Unterredung des Reichsaussenministers von Ribbentrop mit dem polnischen Botschafter Lipski zu Berlin vom 26. März 1939.

Seite 102/103

H0830 – 0024

.....

Die britische Regierung schlug zunächst am 21. März in Warschau ebenso wie in Paris und Moskau die Abgabe einer "formellen Deklaration" durch die englische, französische, russische und polnische Regierung vor, durch die der Beginn sofortiger Besprechungen über Massnahmen gemeinsamen Widerstandes gegen irgendwelche Bedrohung der Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates angekündigt werden sollte. Sofort nach der Abgabe dieser Erklärung würden die Unterzeichnermächte "mit der Prüfung jener besonderen Lage, die eine solche Prüfung erfordern sollte, und mit der Festsetzung der Art etwa zu ergreifender Massnahmen beginnen". Der britische Plan stiess indessen auf Widerstände. Daher erklärte Premierminister Chamberlain am 23. März auf eine Anfrage im Unterhaus: "Ich bin noch nicht in der Lage, einen Bericht über die Konsultationen zu geben, die mit anderen Regierungen als Ergebnis der kürzlichen Ereignisse stattgefunden haben." Ferner berichtete am 24. März der deutsche Botschafter in Warschau von Moltke von "wiederholten Besuchen des Englischen Botschafters im hiesigen Aussenministerium". Die polnische Regierung, die am 23. März eine Teilmobilmachung anordnete war mit diesem britischen Konsultationsvorschlag keineswegs zufrieden, sondern sie verlangte vielmehr konkrete Bindungen Englands gegenüber Polen. So erteilte Aussenminister Beck ebenfalls am 23. dem polnischen Botschafter in London Graf Eduard Raczynski die Weisung, der britischen Regierung folgenden Vorschlag eines englisch-polnischen

H0830-0025

Bündnisses zu unterbreiten:

"Ich beziehe mich auf den englischen Vorschlag vom 21. März und bitte Sie, Lord Halifax zu fragen, ob

1. angesichts der Schwierigkeiten und der unvermeidlichen Komplikationen und des daraus folgenden Zeitverlustes, die eine mehrseitige Verhandlung mit sich bringt

2. angesichts des raschen Ablaufes der Ereignisse, der von einem Tag zum anderen eine freundschaftliche Verständigung zur Koordinierung der gemeinsamen Ansichte und der gemeinsamen Aktion notwendig machen kann, die britische Regierung nicht die Möglichkeit erwägen könnte, mit uns ohne Verzug ein zweiseitiges Abkommen entsprechend dem Sinn der vorgeschlagenen Erklärung abzuschliessen.

Ich glaube, dass eine solche Verständigung das spätere Schicksal einer allgemeinen Verhandlung nicht beeinflussen würde, uns aber könnte sie sofort eine nützliche Grundlage der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten geben, die heute eine gewisse Gefahr darstellen.

Ich sprach heute mit dem hiesigen Botschafter Englands (Sir Howard Kennard) über den Gedanken einer solchen Verständigung, ich fügte hinzu, dass wir mit Frankreich den Bündnisvertrag von 1921 (19. Februar) hätten und dass die Engländer ihrerseits ihre Abmachungen mit Paris hätten, so dass für den Fall, dass das Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen verwirklicht werden sollte, wir uns weder im Widerspruch mit der polnischen Politik gegenüber Frankreich noch mit der englischen Politik gegenüber Frankreich befänden. Ich bin auch der Ansicht, dass die französiche Regierung über unsere eventuellen Entscheidungen vertraulich unterrichtet werd sollte.

Für den Fall, dass die englische Regierung grundsätzlic einverstanden sein sollte, können wir sehr schnell Form

H0830 – 0026

und Inhalt dieses eventuellen Abkommens oder eines gentlemen agreement festlegen."

Diesen Vorschlag eines englisch-polnischen Bündnisses unterbreitete Graf Raczynski am 24. März dem britischen Aussenminister Lord Halifax. .....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830 - 0027

Ri Exhibit Nr.160

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr.2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr.279

Erklärung des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 31. März 1939

(Übersetzung)

Wie ich diesen Morgen Erklärte, besitzt seiner Majestät Regierung keinerlei amtliche Bestätigung für die Gerüchte irgendeines geplanten Angriffes auf Polen. Es darf daher nicht angenommen werden, dass die Regierung diese Gerüchte für wahr hält.

Ich freue mich, diese Gelegenheit zu ergreifen, um erneut die allgemeine Politik der Regierung darzulegen:
Seiner Majestät Regierung hat sich ständig für den Ausgleich, und zwar auf dem Wege freier Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien, von jeder Streitigkeit eingesetzt, die sich zwischen ihnen ergeben mag. Sie hält dies für den natürlichen und angemessenen Weg dort, wo Streitigkeiten vorhanden sind. Ihrer Ansicht nach sollte es keine Frage geben, die nicht durch friedliche Mittel zu lösen wäre, und sie würde daher keinerlei Rechtfertigung dafür finden, wenn Gewalt oder Drohung mit Gewalt an die Stelle der Methode der Verhandlung gesetzt werde.

Wie dem Hause bekannt ist, finden zur Zeit gewisse Konsultationen mit anderen Regierungen statt. Um die Haltung Seiner Majestät Regierung in der Zwischenzeit völlig klarzustellen, bevor diese Konsultation abgeschlossen sind, fühle ich mich veranlasst, dem Hause mitzuteilen, dass während dieser Zeitdauer für den Fall irgendeiner Aktion, die klarerweise die polnische Unabhängigkeit bedroht, und die die polnische Regierung daher für so lebenswichtig ansieht, dass sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet, Seiner Majestät Regierung sich verpflichtet fühlen würde, der Polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren. Sie hat der Polnischen Regierung eine derartige Zusicherung gegeben.

Ich kann hinzufügen, dass die Französische Regierung mich autorisiert hat, darzulegen, dass sie die gleiche Haltung in dieser Frage einnimmt wie Seiner Majestät Regierung

---

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:
gez. Unterschrift
(L.S.) Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830 - 0028

H0830 – 0029

Ri.Exhibit Nr.161

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr.3

Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 12. Bericht des Polnischen Botschafters in London, Grafen Edward Raczinski, an den Polnischen Aussenminister in Warschau vom 29.März 1931

(Deutsche Übersetzung)

Botschaft der
Republik Polen

London, den 29.3.1939

ER/MR-No.1 WB/tj/146

G e h e i m !

An den

Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten
in Warschau

Politischer Bericht No. 7/1

Die Haltung der Britischen Regierung gegenüber der Krise. Das Verhältnis zu Polen. Unterredung mit Botschafter Kennedy

Der gewaltsame Verlauf der letzten Phase der tschechischen Krise hat die hiesige öffentliche Meinung tief erschüttert und auch eine Entwicklung in der Haltung der hiesigen Regierung veranlasst . Für die entschiedenen Gegner Hitler-Deutschlands waren die letzten Ereignisse nur eine Bestätigung von Vorausgesehenem und ein Beweis mehr, dass ein energisches Vorgehen notwendig sei. Grössere Bedeutung jedoch gewannen die tschechischen Ereignisse durch den Eindruck, den sie auf das hiesige "Versöhnungslager" machten.

Dessen Anhänger vermieden in der Regel eine aufrichtigere Bekanntgabe ihrer Voraussichten und Hoffnungen. Sie beschränkten sich im allgemeinen darauf, zu erklären, dass Grossbritannien sich auf die Verteidigung Westeuropas sowie natürlich des britischen Imperiums und der imperialen Verbindungslinien beschränken müsse. Mittel- und Osteuropa dagegen würden als deutsches Expansionsgebiet dienen, aus dem sich England, ohne grossen Schaden zu erleiden, zurückziehen könnte.

Nicht laut ausgesprochene Argumente, aber doch vielleicht die wichtigsten dieses Lagers, könnte man in der Erwartung sehen, dass es Deutschland sehr schwer fallenwerde, mit den ihm abgetretenen Gebieten fertig zu werden,und dass dank dieser Schwierigkeiten und dank des Gegensatzes zu Russland es an Ausdehnungsfähigkeit und Dynamik verlieren werde. Man sah voraus dass es zu einem Krieg zwischen Russland und Deutschland kommen werde, der beide schwächen werde, nicht ohne mittelbaren Vorteil für die Westmächte.

Der schnelle Lauf der Ereignisse, der Deutschland wertvolle, unblutige Beute verschaffte, zeigte die schwachen Seiten dieser Schlussfolgerung. Er wies auf die Tatsache hin, dass es im Grunde genommen eine Ausrede war, die den verantwortlichen Staatsmännern der Westmächte erlaubte, auf der Linie des geringsten Widerstandes zu gehen. Es tauchte eine ernste Besorgnis ang sichts der Tatsache auf, dass Deutschland statt eines Kräfteverlustes infolge seiner Ostaktion eine zusätzliche Stärkung erfuhr.

Aus diesem Bewusstsein ergab sich ein neuer Ton gegenüber Deutschland; er fand seinen Ausdruck in der politischen Presse Englands, übrigens im Einklang mit den Wünschen der Regierungsstellen. Nachrichten zufolge, die hier in diplomatischen und politischen Kreisen ausgetauscht werden, ist die Umgestaltung im Lager der "Versöhnung" allerdings nicht vollkommen. In diesem befindet sich nach allgemeiner Meinung Sir John Simon, den man für den Verfasser des Projektes einer gemeinsamen Erklärung Grossbritanniens, Frankreichs, Polens und der Sowjetunion hält. Auch der Premier scheint trotz des entschiedenen Tones seiner letzten Reden nicht mehr frei von Zweifeln an einem Gewinn der mit München begonnenen Partie zu sein.

Dieses Schwanken scheint sich vor allem auf das Verhältnis Englands zu Polen zu beziehen. In der defaitistischen bzw. versöhnlichen Theorie, die oben angeführt wurde, war für uns anscheinend kein klar umgrenzter Platz. Jetzt angesichts der schnellen deutschen Erfolge, die nur durch Druck erreicht wurden, beginnt man hier zu fürchten, dass auch Polen mit einem Kompromiss mit Deutschland enden werde, das dann diesem eine schnelle Sprengung Russlands ermöglichen würde. Man beunruhigt sich mit dem Gedanken

H0830 - 0030

H0830 - 0031

dass bei einer solchen Entwicklung die Reihe auch an den Westen käme, und dann der deutsche Druck nicht zurückzuweisen wäre. Diese Schlussfolgerung spricht dafür, dass die englisch-polnischen Beziehungen Aussichten haben, inniger zu werden. Ausserdem hat sich noch ein ernster Grund dafür geltend gemacht, das Vorgehen Englands mit uns in Verbindung zu setzen: das war das sich herausbildende Bewusstsein, dass Polen, abgesehen von den Sowjets, doch wohl der einzige Faktor in Osteuropa ist, der volle politische Unabhängigkeit, äussere und innere Beziehungen, die selbstständige Entschlüsse erlauben, aufzuweisen hat. Die Schule der "versöhnlich Gesinnten" strebt bekanntlich nach einer Beschränkung der englischen Einflussnahme auf das östliche Mittelmeer und auf die Verteidigung der Dardanellen, die den Zugang zum Schwarzen Meer sichern. Indessen stellt es sich doch heraus, dass auf der Balkanhalbinsel, also auf dem Vorfelde der Türkei, eine von Drohungen nicht freie Lage besteht, und dass die politische Mobilisierun der Staaten der Balkanentente den Wünschen Englands gemäss und unter seiner Leitung auf grosse Schwierigkeiten stösst. Aus allen oben angeführten Möglichkeiten und anderen, die ich der Kürze halber übergehe, wählte die englische Regierung den Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung Englands, Frankreichs und Polens und der Sowjets, um sich an uns zu wenden. Da aber innerhalb der Regierung regelmässig bis in die letzten Tage Differenzen und Zweifel hinsichtlich der Zweckmässigkeit dieser aktiven Methode herrschten, hat man die nicht sehr lebendige, aber dafür weniger bindende Form einer Erklärung allgemeiner Natur gewählt und hat sie in einem Stil abgefasst, der viele Deutungen zulässt. Einen Beweis dafür, dass die daraus sich ergebende innere Schwäche hier gut verstanden wird, kann man in dem Umstand sehen, dass die der Unterzeichnung eines solchen Dokumentes abgeneigte Haltung Polens hier keine grosse Verwunderung hervorrief, und um so weniger besteht ein Anspruch darauf, die polnische Politik zu leiten.

Noch ein Umstand verlangt beleuchtet zu werden, soweit mir dies in diesem Augenblick möglich ist. Das ist der Stand der englisch-russischen Beziehungen. Wie ich schon Gelegenheit hatte, Ihnen, Herr Minister, aus Anlass der Abreise von Herrn Hudson nach Warschau und Moskau zu berichten(Nr.57/tj/122 vom 1o.d.Mts.-) hoffte man englischerseits schon damals sehr auf eine politische Zusammenarbeit mit den Sowjets. Sowjetischerseits dagegen trug man einen Mangel an lebhafterem Interesse

zur Schau. Seinerzeit erklärten sich die Sowjets damit einverstanden, die gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Sie taten das unter bisher nicht ganz geklärten Bedingungen. Sie machten anscheinend ihre Unterzeichnung von der Teilnehme Polens abhängig.

Es ist nicht bekannt, ob die englische Regierung sich an Moskau wandte wegen einer Unterzeichnung zu dritt mit Frankreich und ob man dort dazu nicht bereit war. Jedenfalls mehren sich in den letzten Tagen die Spuren, die darauf hinweisen, dass das Verhältnis weniger herzlich ist als vor sehr kurzer Zeit im Zusammenhang mit der englischenInitiative. Auf diesem Punkt werde ich noch bei meiner Unterredung mit Botschafter Kennedy zurückkommen. Hier möchte ich nur hinzufügen, dass Botschafter Majskij dem ich oft auf den Empfängen zu Ehren des Präsidenten Lebrun begegnete, kaum verhehlte, dass er äusserst zufrieden mit dem letzten Verlauf der Ereignisse sei, gleichzeitig zeigte er sehr viel Selbstsicherheit. Das Element des Schwankens in der hiesigen Regierung wurde nach aussen hin bei der Rekrutierungsangelegenheit deutlich, die schon seit einigen Monaten der Gegenstar hitziger kontroversen ist. Angesichts der ziemlich grossen Verstärkung der Kader der regulären und der Territorialarmee erklären die hiesigen Sachverständigen die Abneigung der Regierung das Gesetz über die Rekrutierung einzubringen, mit technischen Rücksichten. Sie behaupten, diese Massnahme würde für die nächst Zukunft nur symbolisch-demonstrative Bedeutung haben, aber nicht den Aufbau der Armee im Friedenerleichtern, sondern eher erschweren.

Abgesehen von dem Wert dieser Erklärungen scheint das Schwanken von Herrn Chamberlain vor allem aus seiner Abneigung hervorzugehen, die der Rekrutierung widerstrebendenGewerkschaften gegen sich aufzubringen und dadurch Meinungsverschiedenheiten im Parlament, das jetzt fast einmätig ist, hervorzurufen. Statt das Rekrutierungsgesetzt einzubringen, hat der Premier einstweilen im Unterhaus eine Verdoppelung der sogenannten Territorialarmee bis zu der Zahl von 340 000 Mann angekündigt.

Meine Unterredung mit Botschafter Kennedy.

Diese Beurteilung der hiesigen Lage bildete den Hauptinhalt der Unterredung, die ich gemäss ihrem Auftrage, Herr Minister, dem Herrn Direktor Lubienski übermittelte, am 28.ds.M mit dem amerikanischen Botschafter, Herrn Kennedy, hatte. Ich fragte Herrn Kennedy geradezu nach dem Gespräch, das er kürzli

H0830 – 0032

H0830 – 0033

mit Herrn Chamberlain über Polen geführt haben soll. Herr Kennedy war überrascht und erklärte kategorisch, dass ein derartiges Gespräch von besondererBedeutung nicht stattgefunden habe. Gleichzeitig und indem er diese Versichrung gewissermasse in Abrede stellte, brachte Herr Kennedy seine Unzufriedenheit drüber zum Ausdruck, dass seine Kollegen in Paris und Warschau, "die nicht so, wie er imstande seien, sich ein genaues Bild von der Lage in England zu machen", so dreist darüber redeten.

Da ich sah, dass ich auf diesem Wege nicht viel erreichen würde, brachte ich das Gespräch auf die jetzige Lage und regte den Botschafter dazu an, die Bereitschaft Englands zu einem bewaffneten Auftreten zu beurteilen. Über diesen Teil des Gesprächs habe ich Ihnen, Herr Minister, schon telegrafisch berichtet. Herr Kennedy, der zu verstehen gab,dass seine Ansicht sich auf eine Reihe von Gesprächen mit hiesigen massgebendsten Stellen stützte, erklärte, überzeugt zu sein, dass, sollte Pole sich zum bewaffneten Widerstand gegen Deutschland entschliessen insbesondere auch hinsichtlich Danzigs, es dann England nach sich ziehen werde. Das werde, wie Herr Kennedy mit Nachdruck unterstrich, nicht das Ergebnis grösserer Herzlichkeit sein, als sie England bisher für uns übrig hatte, das werde auch kein willig oder mit Zufriedenheit gefasster Entschluss sein, sondern sichnur aus einer politischen Notwendigkeit ergeben. Sollte dagegen Polen selbst unentschlossen sein, dann würden, wie der Botschafter meint, die versöhnlichen Elemente in der Regierung das benutzen, um Grossbritannien zu einem Verzicht auf eine Festlegung bei uns zu veranlassen. Herr Kennedy ist der Ansicht, dass in der hiesigen Regierung auch weiterhin noch Zweifel daran bestehen, dass Polen tatsächlichunwiderruflich entschlossen ist, sich hinsichtlich Danzigs zu widersetzen. Bei den hiesigen blitzschnell sichverändernden Bedingungen müssten Versicherungen dieser Art notwendigerweise oft wiederholt werden.

Ich schnitt darauf die russische Frage an. Herr Kennedy war ziemlich zurückhaltend und wollte sich offenbar auf keine Erörterung über das englische Vorgehen gegenüber Moskau einlassen (und auch nicht auf die Schwierigkeiten, auf die dieses Vorgehen stossen könnte?). Er beschränkte sich auf die charakteristische Äusserung, die englische Regierung lege ihrem Zusammengehen mit Polen grössere Bedeutung bei als dem mit

H0830 – 0034

Russland, Dieses Zusammengehen sei für die englisdhe Regierung jedenfalls ein wesentlicher Ausgangspunkt für ein etwaiges weiteres Vorgehen.

Soviel hörte ich von Herrn Kennedy selbst. Dagegen laufen unter den hiesigen Journalisten Gerüchte um, nach denen der Botschafter tatsächlich in den letzten Tagen mit dem Premier über Osteuropa gesprochen habe. Bei dieser Gelegenheit soll er wie behauptet wird, betont haben, dass die Sympathien Amerikas für England im Falle eines Konfliktes in hohem Masse von der Entschiedenheit abhängen werden, mit der sich England der europäischen Staaten annehmen werde, die von Deutschland bedroht sind.

Edward Raczynski
Botschafter der Republik Polen

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez.Unterschrift

Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830 – 0035

Ri.Exhibit Nr. 162

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 208

Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 26. März 1939

Aufzeichnung

Abs. 1 Ich empfing den Polnischen Botschafter Lipski heute um 12 Uhr 30.

Abs.2 Botschafter Lipski übergab mir das in der Anlage beigefügte Memorandum der Polnischen Regierung, das ich in seiner Gegenwart durchlas.

Abs.3 Nachdem ich von dem Inhalt Kenntnis genommen hatte, erwiderte ich Botschafter Lipski, dass nach meiner persönlichen Auffassung die polnische Stellungnahme keine Basis für eine Deutsch-polnische Lösung darstellen könne Die einzig mögliche Lösung des Problems müsse in der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich und Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und Ostpreussen bestehen. Herr Lipski entgegnete, er habe die unangenehme Pflicht darauf hinzuweisen, dass jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute.

Abs.4 Ich wies darauf Botschafter Lipski auf die vorliegenden Meldungen über polnische Truppenzusammenziehungen hin und warnte ihn vor möglichen Konsequenzen. Die polnische Haltung schiene mir eine merkwürde Antwort auf mein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedigung des deutsch-polnischen Ver-

H0830-0036

hältnisses darzustellen. Wenn die Dinge in dieser Richtung weiterliefen, so könne in Kürze eine ernste Situation entstehen. Ich könne Botschafter Lipski mitteilen, da z. B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde.

Abs.5 Botschafter Lipski bestritt energisch jede militärische Absicht Polens in bezug auf Danzig. Die von Polen vorgenommenen Dislokationen von Truppenverbänden stellten lediglich Vorsichtsmassnahmen dar.

Abs.6 Ich legte Botschafter Lipski alsdann die Frage vor, ob nicht die Polnische Regierung, sobald sich die Situation etwas beruhigt habe, den deutschen Vorschlag erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgeschlagenen Basis der Wiedervereinigung Danzigs und der exterritorialen Eisen- und Autobahnverbindung zu einer Lösung kommen könne. Botschafter Lipski antwortete hierauf ausweichend, indem er sich erneut auf das von ihm übergebene Memorandum bezog.

Abs.7 Ich erwiderte Botschafter Lipski, dass ich dem Führer zunächst Bericht erstatten würde. Mir komme es dabei vor allem darauf an, zu vermeiden, dass beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht.

Abs.8 Botschafter Lipski bat mich, doch auch von deutsche Seite die Fragen erneut nach jeder Richtung hin studieren zu lassen, und er frage sich, ob nicht Aussicht bestehen könne, vielleicht zu einer Lösung auf Grund der polnischen Gedankengänge zu gelangen. Er fügte hinzu, dass Aussenminister Beck unserer Anregung entsprechend gerne in Berlin einen Besuch abstatten werde, es scheine ihm aber zweckmässig, dass vorher die Fragen diplomatisch entsprechend vorbereitet worden seien.

H0830 – 0037

Abs.9 Ich liess Botschafter Lipski zum Schluss unserer Unterredung keinen Zweifel daruber, dass die polnischen Vorschläge meiner Auffassung nach vom Führer nicht als befriedigend angesehen werden könnten. Nur eine Klare Rgliederung Danzigs, eine exterritoriale Verbindung mit Ostpreussen und ein 25 jähriger Nichtangriffsvertrag mit Grenzgarantien und eine Zusammenarbeit in der slowakischen Frage in Form eines von den Anrainern zu übernehmenden gemeinsamen Schutzes des Gebietes könnten nach deutscher Auffassung zu einer endgultigen Bereinigung führen.

von Ribbentrop

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830 – 0038

A n l a g e

M e m o r a n d u m

I.

Abs.1 Die Polnische Regierung misst ebenso wie in der Vergangenheit so auch heute volle Bedeutung der Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen mit dem Deutschen Reiche auf weiteste Sicht bei.

Abs.2 Die Polnische Regierung hat einen klaren Beweis dieser ihrer Einstellung dadurch geliefert, dass sie schon im Jahre 1933 als eine der ersten ausländischen Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis zum Dritten Reich angebahnt hat und in Verhandlungen eingetreten ist, welche zum Abschluss der polnisch-deutschen Erklärung vom 26. Januar 1934 geführt haben.

Abs.3 Es sei auch hier die seitens Polens dem nationalsozialistischen Senat in Danzig gegenüber eingenommene positive Einstellung zu erwähnen.

Abs.4 In den darauffolgenden fünf Jahren hat die Polnische Regierung in ihrer internationalen politischen Tätigkeit es stets vermieden, an den gegen das Deutsche Reich gerichteten Aktionen teilzunehmen.

Abs.5 Schliesslich ist es wohl bekannt, dass im Herbst 1938 Polens entschlossene Haltung in bedeutendem Masse zur Verhinderung einer kriegerischen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Durchführung der deutschen Forderungen beigetragen hat.

II.

In der Frage des Transitverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Ostpreussen sowie in der Frage der Freien Stadt Danzig, in denen bisher stets ein Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen erzielt wurde und bezüglich derer die Deutsche Regierung

H0830 – 0039

jetzt neue Anregungen vorgebracht hat, steht die Polnische Regierung auf folgendem Standpunkt.

a) Die Polnische Regierung hat kein Interesse an irgendeiner Erschwerung des Verkehrs zwischen Ostpreussen und dem übrigen Reich. Deshalb hat auch die Polnische Regierung trotz vieler Veränderunge die in den letzten Jahren im Vergleich zu früher in dieser Hinsicht eingetreten sind (z.B. in der Frage des Zahlungstransfers), nicht nur keine Schwierigkeiten verursacht, sondern die Verrechnu für diesen Transit unter Berücksichtigung der deutschen Interessen vorgenommen.

Von Diesen Voraussetzungen ausgehend, ist di Polnische Regierung bereit, gemeinsam mit der Deutschen Regierung eine weitere Vereinfachung und Erleichterung des Eisenbahn- und Kraftwagenverkehrs zwischen Ostpreussen und dem übrigen Reich zu überprüfen, um dem deutschen Reisenden Behinderungen bei der Benutzung dieser Verkehrswege zu ersparen. Technische Sachverständige könnten an die Ausarbeitung von Vorschlägen herantreten, um obiges Ziel zu verwirklichen.

Alle polnischerseits gewährten Zugeständniss können jedoch nur im Rahmen der polnischen Souveränität stattfinden = eine Exterritorialität der Verkehrswege kann daher nicht in Frage komm Unter diesem Vorbehalt hat die Polnische Regierung die Absicht, den deutschen Wünschen weitgehend entgegenzukommen.

b) Was die Freie Stadt Danzig anbelangt, so darf daran erinnert werden, dass die Polnische Regierung seit längerer Zeit

H0830 - 0040

schon, in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vereinbarung in dieser Frage auf dem Wege einer Verständigung zwischen Warschau und Berlin, entsprechende Anregungen getan hat. Dies erschien ihr besonders zweckmässi mit Rücksicht auf die Lage des Völkerbundes, der die auf sich genommenen Verpflichtungen in der freien Stadt Danzig nicht mehr vollends zu erfüllen imstande ist.

Wie aus den bisherigen polnisch-deutschen Unterredungen hervorging, bestand keine Meinungsverschiedenheit bezüglich der grundsätzlichen Auffassung, dass die Polnische Regierung keine Behinderung des freien Innen-Lebens der deutschen Bevölkerung der Freien Stadt anstrebt, dass andererseits die Deutsche Regierung die polnischen Rechte sowie die wirtschaftlichen, maritimen und verkehrstechnischen Interessen und die Rechte der polnischen Bevölkerung in der Freien Stadt respektiert. Da diese beiden Fragen grundsätzlicher Natur sind, glaubt die Polnische Regierung, dass eine Lösung zu finden wäre, die auf einer gemeinsamen polnisch-deutschen Garantie für die Freie Stadt Danzig beruhen würde. Diese Garantie würde einerseits die freie Entwicklung des deutschen Volkstums und seines politischen Innenlebens befriedigen, andererseits die polnischen Rechte und Interessen sicherstellen. Die polnischen Interessen stimmen übrigens mit den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Freien Stadt überein, da der Wohlstand derselben seit Jahrhunderten von dem polnischen Überseehandel abhängig ist.

Im Gegensatz zum vorhergenannten Problem der Verkehrserleichterungen, welches nach Ansicht der Polnischen Regierung einen überwiegend technischen Charakter trägt und

H0830 - 0041

Sache von Experten wäre, mussten in der Frage der Freien Stadt zunächst die politischen Grundsätze zwischen der Polnischen und Deutschen Regierung besprochen werden, und zwar nach der Richtung hin, dass in diesem Körper, gemäss den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers vom Februar 1938, von Polen die nationalen Verhältnisse in der Freien Stadt respektiert würden und von der Freie Stadt und Deutschland die Rechte und Interessen Polens.

Die Polnische Regierung würde es zwecks einer Stabilisierung der Verhältnisse in dieser Region Europas für erwünscht halten, dass man zu einem Gedankenaustausch über die beiden obenerwähnten Probleme, die gemeinsam zu behandeln wären, möglichst bald herantrete, um dadurch eine Grundlage zur zukünftigen Festigung der gutnachbarlichen gegenseitigen Beziehungen zu finden.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Nr. 335.
Ri-Exhibit Nr. 163.

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 209

Unterredung des Reichsminister des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 27. März 1939.

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt.

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen stellte den Polnischen Botschafter wegen der Ausschreitungen in Bromberg zur Rede und bemerkte, dass diese neuen Ausfälle in Deutschland einen katastrophalen Eindruck gemacht hätten, da man hier den Eindruck hätte, dass sie mit eines gewissen Duldung der polnischen Behörden vor sich gingen. Wieder sei es der Westverband gewesen, gegen den Deutschland bei Polen schon so oft Beschwerde geführt habe. Man sei deutscherseits der Ansicht, dass die Polnische Regisrung, wenn sie guten Willens wäre, wohl in der Lage sein müsse, derartige Zwischenfälle zu verhindern. Der Herr Reichsaussenminister bedauerte eine derartige Entwicklung des deutsch polnischen Verhältnisses auf das lebhafteste und betonte, die Deutsche Regierung müsse die polnische Regierung für derartige Vorkommnisse voll verantwortlich halten.

Der polnische Botschafter erklärte, von den erwähnten Vorgängen keine Kenntnis zu haben, versprach aber, sich sofort zu informieren. Auch er bedauerte die Ausschreitungen, erklärte sie jedoch mit der zur Zeit in Polen herrschenden Nervosität. Im übrigen versprach er, von sich aus alles tun zu wollen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse abzustellen.

Als der polnische Botschafter die Behauptung aufstellte, dass auch bei deutschen Vereinsveranstaltungen ähnliche, gegen Polen gerichtete Zwischenfälle vorkämen, erwiderte ihm der Herr Reichsaussenminister sofort, dass die Provokationen bisher immer nur von polnischer Seite ausgegangen seien.

Auf die Frage des Polnischen Botschafters, ob man nicht ein paar "Worte der Beruhigung für die beiden Völker" finden könne, erwiderte der Herr Reichsaussenminister, dass etwas derartiges in keiner Weise der Lage entspräche, da, wie gesagt, die Provokationen und Presseangriffe bisher lediglich von polnischer Seite ausgegangen seien. Wenn - was wohl bald nicht mehr aufzuhalten sein würde - die deutsche Presse auf die polnische Angriffe nunmehr antworte, so würde sie es gründlich tun. Abschliessend bemerkte der Herr Reichsaussenminister, er könne die Polnische Regierung nicht mehr verstehen. Auf den grosszügigen Vorschlag, den Deutschland an Polen gemacht habe, sei eine ablehnende Antwort erfolgt. Jedenfalls könne der gestern vom Polnischen Botschafter überbrachte Vorschlag vom Herrn Reichsaussenminister als keine Basis für eine Regelung der Fragen angesehen werden. Die Beziehungen beider Länder entwickelten sich daher stark abschüssig.

Bei der Verabschiedung sagte der Polnische Botschafter seinerseits zu, alles in seinen Kräften Stehende tun zu wollen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Schmidt.

-- - - - - - - - - - -

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. M. Horn.

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0830 - 0043

A b s c h r i f t

Übersetzung des Dokumentes No. 18 der "Dokumente über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen England und Deutschland am 3. September 1939"

Englisch-polnische Veröffentlichung vom 6. April 1939.

Die Verhandlungen mit M. Beck haben ein weites Feld umfasst und haben die völlige Übereinstimmung beider Regierungen über gewisse allgemeine Grundsätze bewiesen.

Ein Übereinkommen dass die beiden Länder bereit seien, einen Vertrag permanenter und gegenseitiger Natur abzuschliessen, welcher die augenblicklich bestehende vorübergehende und einseitige Zusicherung seiner Majestät Regierung an die polnische Regierung ersetzen sollte, wurde getroffen. Bis zum Abschluss eines permanenten Vertrags gab M. Beck der Regierung seiner Majestät die Zusicherung, dass sich die polnische Regierung zur Hilfeleistung an die Regierung seiner Majestät unter denselben Umständen, wie diese in der vorübergehenden Zusicherung, die seiner Majestäts-Regierung bereits Polen erteilt hat, dargelegt sind, als verpflichtet hält.

Wie die vorübergehende Zusicherung, so wird der permanent-Vertrag nicht gegen irgend ein drittes Land gerichtet sein, sondern er wird abgeschlossen, um Gross-Britanien und Polen der gegenseitigen Hilfeleistung im Falle einer direkten oder indirekten Bedrohung ihrer Unabhängigkeit zu vergewissern. Zugegebenerweise bedürfen gewisse Fragen, einschliesslich einer klaren Definition der verschiedenen Fälle in denen die Notwendigkeit einer solchen Hilfeleistung auftreten mag, einer weiteren Erötterung vor dem Abschluss eines permanenten Vertrages.

Es wurde als selbstverständlich angesehen, dass die obigen Übereinkünfte keine der beiden Regierungen behindern sollte, Verträge mit anderen Ländern im Allgemeininteresse der Festigung des Friedens abzuschliessen.

- - - - - - - - -

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift.
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830 - 0044

Nr. 338.
Ri. Exhibit Nr. 164.

Aus: Weiss=Buch Nr. 2 "Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges"

Anmerkung zu Nr. 459

Britisch=Polnischer Vertrag über gegenseitigen Beistand, 25. August 1939.

oooooo

Auf eine Anfrage des Unterhausmitgliedes Harvey, ob die Beistandsverpflichtungen des britisch-polnischen Vertrages vom 25. August 1939 auch den Fall des Angriffs durch nichtdeutsche Mächte, einschliesslich Russlands, decken sollten, gab der Britische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Butler am 19. Oktober 1939 folgende schriftliche Antwort: "Nein. Während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, wurde zwischen der Polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät vereinbart, dass das Abkommen nur den Fall eines Angriffs durch Deutschland decken sollte, die Polnische Regierung bestätigt, dass diss zutrifft."

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. M. Horn

Dr. Horn
Rechtsanwalt.

H0830-0045

Nr. 339.
Dok. T C 72

A b s c h r i f t
British Blue Book No. 14.

DURCH DEN DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGER IN WARSCHAU IM POLNISCHEN AUSSENMINISTERIUM ÜBERGEBENES MEMORANDUM DER DEUTSCHEN REGIERUNG VOM 28? APRIL 1939.

Die deutsche Regierung hat durch die von polnischer und britischer Seite öffentlich bekanntgegebenen Erklärungen Kenntnis von dem bisherigen Ergebnis und dem Endziel der neuerdings zwischen Polen und Grossbritanien geführten Verhandlungen erhalten. Danach haben die Polnische und Britische Regierung eine vorläufige, demnächst durch ein Dauerabkommen zu ersetzende Vereinbarung getroffen, die Polen und Grossbritanien den gegenseitigen Beistand für den Fall gewährleisten soll, dass die Unabhängigkeit eines der beiden Staaten direkt oder indirekt bedroht wird.

Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen, der polnischen Regierung hierzu folgendes mitzuteilen:

Als sich die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1933 der Aufgabe einer Neugestaltung der deutschen Aussenpolitik zuwandte, war es nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ihr erstes Ziel, die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Der Führer des Deutschen Reiches und der verewigte Marschall Pilsudski begegneten sich damals in dem Entschluss, mit dem polnischen Methoden der Vergangenheit zu brechen und für die Behandlung aller die Beziehungen der beiden Länder betreffenden Fragen den Weg einer unmittelbaren freundschaftlichen Verständigung von Staat zu Staat zu eröffnen.

Durch den unbedingten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt gegeneinander sollte eine Friedensgarantie geschaffen werden, um den beiden Regierungen die grosse Aufgabe zu erleichtern, für alle Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhten.

Diese Grundsätze, die in der deutsch-polnischen Friedenserklärung vom 26. Januar 1934 + + in vertraglich bindender Form festgelegt wurden, waren dazu bestimmt und haben in der Tat den Erfolg gehabt, in der Entwicklung der deutschpolnischen Beziehungen eine völlig neue Phase einzuleiten.

Dass sie sich zum Nutzen beider Völker in der Praxis bewährt haben, beweist die politische Geschichte der letzten 5 Jahre und ist noch am 26. Januar d. J., dem fünften Jahrestag der Unterzeichnung der Erklärung, von beiden Seiten öffentlich ausgesprochen worden, unter Betonung des übereinstimmenden Willens, den im Jahre 1934 festgelegten Grundsätzen auch in Zukunft treu zu bleiben. ++

Mit diesen vor wenigen Monaten abgegebenen feierlichen Erklärungen steht die jetzt von der Polnischen Regierung mit der Britischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarung in einem so offenbaren Widerspruch, dass die Deutsche Regierung von einer so plötzlichen und radikalen Schwenkung der polnischen Politik nur mit Erstaunen und Befremden Kenntnis nehmen kann.

Die neue polnisch-britische Vereinbarung ist, wie ihre endgültige Formulierung auch gestaltet worden mag, von beiden Partnern als regelrechter Bündnispakt gedacht, und zwar als ein Bündnispakt, der sich nach seiner allgemein bekannten Vorgeschichte und nach der ganzen Lage der politischen Verhältnisse ausschliesslich gegen Deutschland richtet.

Aus der von der Polnischen Regierung jetzt übernommenen Verpflichtung ergibt sich, dass Polen in einen etwaigen deutsch-englischen Konflikt durch einen gegen Deutschland gerichteten Angriff gegebenenfalls auch dann einzugreifen beabsichtigt, wenn dieser Konflikt Polen und seine Interesser überhaupt nicht berührt. Das ist ein direkter und flagranter Vorstoss gegen den in der Erklärung von 1934 vereinbarten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt.

Der Gegensatz zwischen der deutsch-polnischen Erklärung und der polnisch-britischen Vereinbarung greift aber in seiner Tragweite noch wesentlich über diesem Punkt hinaus. Die Erklärung von 1934 sollte das Fundament dafür sein, unter dem Schutz der vereinbarten Friedensgarantie alle zwischen

H0830 – 0047

den beiden Ländern auftauchenden Fra en frei von internationalen Verflechtungen und Kombinationen direkter, von aussen nicht beeinflusster Auseinandersetzung zwischen Berlin und Warschau zu regeln. Ein solches Fundament setzt selbstverständlich das volle gegenseitige Vertrauen der beiden Partner sowie auch die Loyalität der politischen Absichten jedes Partners gegenüber dem anderen Partner voraus.

Dagegen hat die Polnische Regierung durch den jetzt von ihr gefassten Beschluss, in ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnisverhältnis einzutreten, zu erkennen gegeben, dass sie der Ihr von der Deutschen Regierung unmittelbar zugesicherten Friedensgarantie das Beistandsversprechen einer dritten Macht vorzieht.

Zugleich muss die Deutsche Regierung daraus entnehmen, dass die Polnische Regierung zur Zeit keinen Wert mehr darauf legt, für deutsch-polnische Fragen die Lösung in direkter freundschaftlicher Auseinandersetzung mit der Deutschen Regierung zu suchen. Damit hat die Polnische Regierung den Weg verlassen, der im Jahre 1934 für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbart worden ist.

Die Polnische Regierung kann sich nicht darauf berufen, dass die Erklärung von 1934, die von Polen oder Deutschland schon vorher nach anderer Seite hin übernommenen Verpflichtungen unberührt lassen sollte und dass mithin neben ihr auch die Bündnisvereinbarungen zwischen Polen und Frankreich in Geltung geblieben sind. Das polnisch-französische Bündnis war im Jahre 1934, als Polen und Deutschland an die Neugestaltung ihrer Beziehungen herantraten, eine gegebene Tatsache. Die Deutsche Regierung konnte sich mit dieser Tatsache abfinden, weil sie erwarten durfte, dass die etwaigen Gefahren des aus einer Zeit schärfsten deutsch-polnischen Gegensatzes stammenden polnisch-französischen Bündnisses durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von selbst immer mehr an Bedeutung verlieren würden.

Der Eintritt Polens in ein Bündnisverhältnis mit Grossbritanien, der jetzt fünf Jahre nach Vereinbarung der Erklärung von 1934 erfolgt ist, kann deshalb politisch mit dem Inkraftbleiben des polnisch-französischen Bündnisses in keiner Weise verglichen werden. Mit diesem neuen Bündnis hat

H0830 - 0048

sich die Polnische Regierung einer von anderer Seite inaugurierten Politik dienstbar gemacht, die das Ziel der Einkreisung Deutschlands verfolgt.

Die Deutsche Regierung hat ihrerseits zu einer derartigen Änderung der polnischen Politik nicht den geringsten Anlass gegeben. Sie hat der Polnischen Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit sowohl öffentlich als auch in vertraulichen Besprechungen die bündigsten Versicherungen dafür gegeben, dass die freundschaftliche Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses ein wesentliches Ziel ihrer Aussenpolitik sei und dass sie in ihren politischen Entschlüssen jeder Zeit auf die Achtung berechtigter polnischer Interessen Bedacht nehmen werde.

So hat auch die Durchführung der von Deutschland im März d. J. zur Befriedigung Mitteleuropas eingeleiteten Aktion die polnischen Interessen nach Ansicht der Deutschen Regierung in keiner Weise beeinträchtigt. Im Zusammenhang mit dieser Aktion ist es zur Herstellung einer polnisch-ungarischen Grenze gekommen, die von polnischer Seite stets als ein wichtiges politisches Ziel bezeichnet worden ist.

Überdies hat die deutsche Regierung aber unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie bereit sei, sich mit der Polnischen Regierung freundschaftlich auseinanderzusetzen, falls diese etwa ihrerseits der Ansicht sein sollte, dass sich für sie aus der Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa neue Probleme ergeben hätten.

Im gleichen freundschaftlichen Geiste hat die Deutsche Regierung versucht, eine Regelung der einzigen noch zwischen Deutschland und Polen stehenden Frage, der Danziger Frage, in Gang zu bringen. Dass diese Frage einer Neuregelung bedarf, ist von deutscher Seite Polen gegenüber seit Jahr und Tag betont und von polnischer Seite auch nicht bestritten worden. Seit längerer Zeit hat die Deutsche Regierung immer wieder versucht, die Polnische Regierung davon zu überzeugen, dass durchaus die Möglichkeit einer den Interessen beider Teile gerecht werdenden Lösung gegeben sei, und dass mit der Beseitigung dieses letzten Hemmnisses der Weg für eine aussichtsreiche politische Zusammenarbeit Deutschlands und Polens freigemacht werden würde.

H0830 – 0049

Die Deutsche Regierung hat sich hierbei nicht auf allgemeine Andeutungen beschränkt, sondern der Polnischen Regierung, und zwar zuletzt Ende März d. J., in freundschaftlichster Form eine Regelung auf folgender Grundlage vorgeschlagen:

Rückkehr Danzigs zum Reich,
exterritoriale Eisenbahn- und Autoverbindung zwischen Ostpreussen und dem Reich,
dafür Anerkennung des ganzen polnischen Korridors und der gesamten polnischen Westgrenze,
Abschluss eines Nichtangriffpaktes auf 25 Jahre,
Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen Polens in Danzig sowie grosszügige Regelung der übrigen sich aus der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich für Polen ergebenden wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen.

Gleichzeitig hat die Deutsche Regierung sich bereit erklärt, bei der Sicherstellung der Unabhängigkeit der Slowakei auch den polnischen Interessen Rechnung zu tragen.

Niemand, der die Verhältnisse in Danzig und im Korridor sowie die damit zusammenhängenden Probleme kennt, kann bei unvoreingenommener Beurteilung bestreiten, dass dieser Vorschlag das Minimum dessen enthielt, was vom Standpunkt unverzichtbarer deutscher Interessen gefordert werden muss, und das er allen für Polen irgendwie wesentlichen Interessen Rechnung trug. Die Polnische Regierung hat hierauf jedoch eine Antwort gegeben, die zwar in die Form von Gegenvorschlägen gekleidet war, die aber der Sache nach jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen liess und auf eine Ablehnung des deutschen Angebots hinauslief.

Dass die polnische Regierung selbst ihre Antwort nicht als geeignet ansah, eine freundschaftliche Verständigung anzubahnen, hat sie in ebenso überraschender wie drastischer Weise dadurch bewiesen, dass sie gleichzeitig mit der Antwort zu einer umfangreichen Teilmobilisierung ihrer Armee schritt. Mit dieser durch nichts gerechtfertigten Massnahme hat sie zugleich im voraus Sinn und Ziel der Verhandlungen gekennzeichnet, in die sie unmittelbar darauf mit der Britischen Regierung eingetreten ist.

H0830 - 0050

Die Deutsche Regierung hat es nicht für notwendig gehalten, auf die polnische Teilmobilisierung mit militärischen Gegenmassnahmen zu antworten.

Dagegen kann sie über die anderen von der Polnischen Regierung in der letzten Zeit gefassten Entschlüsse nicht einfach stillschweigend hinwegsehen. Sie sieht sich vielmehr zu ihrem Bedauern genötigt, hiermit folgendes festzustellen:

1.) Die Polnische Regierung hat die ihr von der Deutschen Regierung gebotene Gelegenheit zu einer gerechten Regelung der Danziger Frage, zu einer endgültigen Sicherung ihrer Grenze gegenüber dem Deutschen Reich und damit zu einer dauernden Festigung eines freundnachbarlichen Verhältnisses beider Länder nicht ergriffen. Sie hat vielmehr die dahinzielenden deutschen Vorschläge verworfen.

2.) Gleichzeitig hat sich die Polnische Regierung gegenüber einem anderen Staate auf politische Verpflichtungen eingelassen, die sowohl mit dem Sinn als auch dem Wortlaut der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 unvereinbar sind. Die Polnische Regierung hat damit diese Erklärung willkürlich und einseitig ausser Kraft gesetzt.

Trotz dieser notwendig gewordenen Feststellung beabsichtigt die Deutsche Regierung nicht, ihre grundsätzliche Einstellung zu der Frage der künftigen Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen zu ändern. Sollte diePolnische Regierung Wert darauf legen, dass es zu einer neuen vertraglichen Regelung dieser Beziehungen kommt, so ist die Deutsche Regierung dazu bereit, und stellt dafür nur die eine Voraussetzung auf, dass eine derartige Regelung auf einer klaren, beide Teile bindenden Verpflichtung beruhen müsste.

-- - - - - - - - - -

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. M. Horn.

Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

H0830-0051

A b s c h r i f t .

Uebersetzung des Dokumentes No. 16 der "Dokumente ueber die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch vpm Feindseligkeiten zwischen England und Deutschland am 3. Sept. 1939.

Denkschrift von der polnischen Regierung am 5. Mai 1939 der deutschen Regierung ueberreicht, als Antwort auf die Denkschrift der deutschen Regierung vom 28. April 1939 (Nr. 14).

Wie aus dem Wortlaut der polnisch- deutschen Erklaerung vom 26. Januar 1934 (Nr.1) und aus dem Verlaufe der Verhandlungen hervorgeht, die ihrem Beschluss vorangingen, war das Zil dieser Erklaerung, die Grundlagen fuer ein neues Gegenseitigkeitsverhaeltnis zu legen, das sich auf die folgenden zwei Prinzipien stuetzt:

1. Verzicht auf die Anwendung von Gewaltmitteln zwischen Polen und Deutschland.
2. Die freundschaftliche Beilegung auf dem Verhandlungswege jedes Streitpunkts der in dem Verhaeltnis der beiden Laender zueinander eintreten könnte.

Die polnische Regierung hat die ihr durch die Erklaerung auferlegten Verpflichtungen stets in diesem Sinn aufgefasst und sich immer zur Pflegung nachbarlicher Verhaeltnisse mit dem deutschen Reich bereit erklaert.

2) Die polnische Regierung hat schon vor einigen Jahren vorausgesehen, dass die Schwierigkeiten die der Voelkerbund bei der Anwendung seiner Aufgaben in Danzig hatte, zu einer verworrenen Situation fuehren wuerden, die zu beseitigen in in Polens und Deutschlands Interessen sein wuerde. Schon seit einigen Jahren hat die polnische Regierung der deutschen Regierung zu verstehen gegeben, dass offenherzigen Verhandlungen auf diesem Gebiet gefuehrt werden müssten. Die deutsche Regierung hat diese jedoch vermieden und sich auf die Feststellung beschraenkt, dass die polnisch- deutschen Beziehungen nicht durch die Danziger Frage getruebt werden sollten. Ausserdem hat die deutsche Regierung verschiedentlich der polnischen Regierung Zusicherungen in Bezug auf die Frei Stadt Danzig gemacht. Esgenuegt hier die Erklaerung des Reichskanzlers vom 2o. Februar 1938 anzufuehren.

H0830-0052

der Reichskanzler gab oeffentlich im Reichstag die folgende Erklaerung ueber Danzig ab:

" Der polnische Staat, respektiert die nationalen Verhaeltbisse in diesem Staat, und diese Stadt uhd Deutschland respektieren die polnischen Rechte. So gelang es, den Weg fuer eine Verstaendigung zu ebnen, die, v n Danzig ausgehend, heute trottz des Versuchs mancher Stoerenfriede das Verhaeltnis zwischen Deutschland und Polen endgueltig zu entgiften und in ein aufrichtig freundschaftliches Zusammenarbeiten zu verwandeln vermochte."

Erst nach den Ereignissen des Sommers 1938, schlug die deutsche Regierung Verhandlungen bezueglich der Veraenderung des status quo in Danzig und der Verkehrsverbindungen zwischen dem Reich und Ostpreussen vor. In diesem Sinne bezieht sich die deutsche Note vom 28. April 1939 auf den Vorschlag den der Reichsaussenminister in seiner Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Berlin am 21. Maerz 1939 vorbrachte. In dieser Unterredung wurde von deutscher Seite aus die Notwendigkeit einer schnellen Erledigung dieser Fragen als Bedingung dafuer betont, dass das Reich seine Vorschlaege in ihrer Gesamtheit aufrecht erhalten wuerde. Die polnische Regierung, beseelt von dem Wunsch, die guten Beziehungen mit dem Reich aufrecht zu erhalten, schlug, obschon sie ueber die Dringlichkeit, mit der diese Vorschlaege vorgebracht, und ueber die Umstaende, in denen sie gemacht worden waren, erstaunt war, die Verhandlungen nicht ab, wenngleich sie die derartig dargelegten deutschen Forderungen als unannehmbar ansah.

Um die Bestrebungen einer freundschaftlichen Loesung dieser Frage zu erleichtern, legte die polnische Regierung der deutschen Regierung am 26. Maerz 1939, ihren Gesichtspunkt schriftlich dar und betonte, dass sie auf die Aufrechterhaltung guter nachbarlicher Beziehungen mit dem deutschen Reich groessten Wert legte. Der polnische Standpunkt ist in den folgenden Leitsaetzen zusammengefasst:

a) Die polnische Regierung regt eine gemeinsame polnisch-deutsche Garantie des Sondercharakters der Freien Stadt Danzig an, die auf der voelligen Freiheit der Einwohner in ihrer Innenpolitik und auf der Zusicherung polnischer Rechte und Interessen zu respektieren gestuetz sein sollte.

H0830-0053

b) Die polnische Regierung ist bereit, zusammen mit der deutschen Regierung die Frage einer weiteren Vereinfachung des Personenverkehrs, sowie der technischen Erleichterung des Eisenbahn- und Strassenverkehrs zwischen dem Reich und Ostpreussen zu pruefen. Die polnische Regierung ist von dem Gedanken beseelt, jegliche Erleichterungsmoeglichkeit zu gewaehren, die Reichsangehoerigen den Transitverkehr ueber polnisches Gebiet, soweit moeglich ohne Hindernisse, gestatte. Die polnische Regierung betont, dass sie die entgegenkommenste Behandlung der deutschen Wuensche in dieser Richtung anstrebt, mit der einzigen Einschraenkung, dass Polen die Oberhoheit ueber den Gebietsstrich durch den die Transitstrecken fuehren nicht aufgeben kann. Schliesslich deutete die polnische Regierung an, dass ihre Einstellung zu der Frage der Verkehrserleichterungen durch Pommern von der Handlungsweise des Reiches gegenueber der Freien Stadt Danzig abhaengig sei.

Bei der Abfassung dieser Vorschlaege handelte die polnische Regierung im Geiste des polnisch- deutschen Abkommens von 1934, das, indem es einen direkten Gedankenaustausch ueber beide Laender angehende Fragen vorsah, es beiden Staaten ermoeglichte, ihre Standpunkte auf dem Verhandlungswege darzulegen.

Die polnische Regierung erhielt waehrend des naechsten Monats keinen formellen Bescheid auf ihre Gegenvorschlaege und erfuhr erst am 28. April 1939 durch die Rede des Reichskanzlers und die Denkschrift der deutschen Regierung, dass das Reich die einfache Tatsache des Einreichens von Gegenvorschlaegen anstelle der Annahme der deutschen Vorschlaege ohne Aenderungen und Vorbehalte als ein Ablehnen der Verhandlungen ansehe.

Es ist offensichtlich, dass Verhandlungen, in denen der eine Staat Forderungen aufstellt und der andere Staat gezwungen ist, die Forderungen unvorbehaltlich anzunehmen, keine Verhandlungen im Sinne der 1934 Erklaerung sind und mit den lebenswichtigen Interessen und der Polens unvereinbar sind.

In dieser Verbindung muss darauf hingewiesen werden, dass die polnische Regierung seinerzeit nicht in der Lage war, zu

H0830-0054

H0830-0055

der polnisch- deutsch- ungarischen Garantie der slowakischen Unabhaengigkeit Stellung zu nehmen, auf welche andeutungsweise in der deutschen Note und in klarerer Form in der Reichskanzlerede vom 28. April 1939 hingewiesen worden war, da ein Vorschlag dieser Art und in dieser Form ihr nicht vorher unterbreitet worden war,. Es ist ausserdem schwer zu verstehen, wie solch eine Garantie mit dem politischen und militaerischen Protektorat des Reiches ueber die Slowakei, das mehrere Tage vor der Unterbreitung der deutschen Vorschlaege an Polen verkuendet wurde, in Einklang zu bringen ist.

3.) Die polnische Regierung kann einer Auslegung der 1934 Erklaerung, die mit dem Verzicht auf das Recht des Abschlusses politischer Vertraege mit dritten Staaten und logischerweise fast mit einem Verzicht auf aussenpolitische Unabhaengigkeit gleichbedeutend ist, nicht zustimmen. Die Politik des Reiches waehrend der letzten Jahre zeigt deutlich, dass die deutsche Regierung keine auf sich selbst bezogene Folgerung dieser Art aus der Erklaerung gezogen hat. Die Verpflichtungen gegenueber Italien, die das Reich in aller Oeffentlichkeit uebernommen hat, und das deutsch- slowakische Uebereinkommen vom Maerz 1939 sind klare Anzeichen der Auslegung der 1934 Erklaerung seitens der deutschen Regierung. Die polnische Regierung betont, dass sie in ihren Beziehungen zu anderen Staaten volle Gegenseitigkeit gibt und fordert, da dies die einzig moegliche Grundlage internationaler Beziehungen darstellt.

Die polnische Regierung weist die Beschuldigung der angeblichen Unvereinbarkeit der englisch- polnischen gegenseitigen Garantie vom April 1939 mit der 1934er polnisch-deutschen Erklearung als voellig grundlos zurueck. Diese Garantie besitzt einen rein verteidigungsmaessigen Charakter und bedroht das Reich in keiner Weise, ebenso wie das polnisch-franzoesische Buendnis, dessen Vereinbarkeit mit der Erklaerun des Jahres 1934 vom Reich anerkannt worden ist. Die 1934er Erklaerung besagt ganz klar in den einleitenden Absaetzen, dass beide Regierungen sich"entschlossen haben, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die Grundaetze des Pariser Vertrags vom 27. August 1938 zu stuetzen." Der Pariser Vertrag der eine allgemeine Achtung des Kriegs als Mittel nationaler Politik darstellt, genau wie die Erkhaerung von 1934 eine solche Achtung in der gegenseitigen polnisch-deutschen Beziehungen darstellt, enthaellt die ausdrueckliche Bestimmung: "Jede Signaturmacht, die in Zukunft danach strebt, ihre

H0830-0056

nationalen Interessen dadurch zu foerdern, dass sie zum Krieg schreitet, soll dadurch der Vorteile, die dieser Vertrag gewaehrt, verlustig erklaert werden," Deutschland anerkannte diese Grundsaetze als den pariser Vertrag unterzeichnete und bestaetigte sie in der Erklaerung von 1934 mit anderen Grundsaetzen des Pariser Vertrages. Es scheint daher, dass die 1934er Erklaerung fuer Polen nicht mehr bindend ist Im Falle dass Deutschland unter Verletzung des pariser Vertra zum Krieg greift. Polens Verpflichtungen unter dem polnisch-englischen Uebereinkommen wuerden im Falle einer deutschen Handlungsweise gegen die Unabhaengigkeit Englands in Wrikung treten, also unter den identischen Umstaenden unter denen die 1934er Erklaerung und der pariser Vertrag Polen Deutschland gegenueber nicht mehr bindet.

Die deutsche Regierung richtet einen Protest an die polnische Regierung weil diese Verpflichtungen die Unabhaengigkei Englands zu garantieren uebernommen habe; indem sie dieses als eine Verletzung polnischerseits der Erklaerung des Jahres 1934 ansieht, uebersieht sie ihre eigenen Verpflichtungen gegenueber Italien, von denen der Reichskanzler am 30, Januar 1939 sprach, und besonders die in den Vertraegen vom 18. und 23. Maerz 1939 enthaltenen Verpflichtungen gegenueber der Slowakei. Die deutsche Garantie der Slowakei schloss Polen nicht aus (sic ;) und nach den Bestimmungen diese Abkommens bezueglich der Aufstellung vin Garnisonen und militaerischen Befestigungen in der westlichen Slowakei scheint sie sogar hauptsaechlich gegen Polen gerichtet zu sei

4.) Aus den obigen Gruenden ist ersichtlich, dass die Reichsregierung keine Berechtigung zu ihrer einseitigen Entschliessung die 1934er Erklaerung als nicht-bindend anzusehen besass Der Vertrag wurde auf zehn Jahre ohne Moeglichkeit des Widerrufs waehrend dieser Zeit abgeschlossen. Es muss betont werden, dass die Entscheidung die Erklaerung von 1934 als nicht-bindend anzusehen getroffen wurde, nachdem der deutsche Staat vorher abgelehnt hatte, irgenwelche Erklaerungen ueber die Vereinbarkeit der englisch-polnischen Garantie mit der 1934er Erklaerung, welche die polnische Regierung vorhatte dem Vertreter des Reiches in Warschau zu unterbreiten, entgegenzunehmen.

H0830-0057

5.) Obgleich die polnische Regierung den Standpunkt der deutschen Regierung, dass der Vertrag von 1934 von Polen verletzt worden ist, nicht teilt, so ist doch die polnische Regierung bereit, sollte die deutsche Regierung darauf Wert legen die polnisch- deutschen Beziehungen auf einer nachbarlichen Grundlage mittels eines Vertrages neu zu regeln, Vorschlaege dieser Art entgegenzunehmen, jedoch unter Aufrechterhaltung der in dieser Denkschrift enthaltenden grundliegenden Bemerkungen.

H0830-0058

Ri.Exhibit Nr. 165

A b s c h r i f t

Aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 349

Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

E r l a s s

Berlin, den 27. März 1939

Abs.1 Nach einem Bericht der Deutschen Passtelle in Bromberg haben am 26. März mittags in Brombergvon dem berüch tigten polnischen Westverband veranstaltete deutschfeind liche Kundgebungen stattgefunden, an denen etwa 10 000 Personen teilgenommen haben. ... Von den Teilnehmern wur den Rufe wie:" Weg mit Hitler", "Wir wollen Danzig", "Wi wollen Königsberg" ausgestossen. ...

Im Auftrag

B e r g m a n n

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

M. Horn

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830-0059

Ri.Exhibit Nr. 166

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 352

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt.

Telegramm

Warschau, den 30. März 1939

Nachdem ich bereits in meiner Unterredung mit Aussenminister Beck vom 28. d. M. die schweren Zwischenfälle in Pomerellen, insbesondere Liniewo und Bromberg zur Sprache gebracht hatte, habe ich heute wegen der gleiche Angelegenheiten auch bei Vizeminister Graf Szembek nachdrückliche Vorstellungen erhoben.

Moltke

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

M. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Ri-Exhibit Nr. 167 353

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 358

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswaertige Amt

Bericht

Warschau, den 4. April 1939

Abs.1 In den letzten Tagen ist ein oeffentlicher Aufruf verbreitet worden, der ausdruecklich zum Boykott des deutschen Handelns und Handwerks aufruft. Der von 1o verschiedenen paramilitaerische Verbaenden unterschriebene Aufruf stellt u.a. folgende Forderungen auf:

1. Alle Polen, die Waren in deutschen Geschaeften kaufen oder deutsche Lokale besuchen, werden namentlich gebrandmarkt.
2. Im Haushalt duerfen Waren deutschen Ursprungs nicht verbraucht werden.
3. Hausfrauen duerfen auf den Maerkten keine Waren von deutschen Landwirten erstehen.
4. Polen duerfen keine deutschen Zeitschriften abonnieren.
5. Alle polnischen Firmen sind verpflichtet, nur polnische Jugend und polnische Arbeiter zu beschaeftigen.
6. Staatliche und kommunale Beamte und Arbeiter, ferner alle Angestellten und Arbeiter privater Betriebe muessen in den Beziehungen mit Personen deutscher Nationalitaet ausschliesslich die polnische Sprache gebrauchen.

7. Alle Aufschriften und Reklamen in deutscher Sprache muessen entfernt werden.

8. Polen duerfen nicht die Dienste deutscher Banken in Anspruch nehmen.

9. Wir werden darnach streben:
   a) eine Aufhebung des Rechts zu erwirken, wonach Deutsche Grundstuecken erwerben und Konzessionen erhalten duerfen.
   b) allen deutschen Firmen jegliche Lieferung fuer Staat und Selbstverwaltungen zu unterbinden,
   c) der deutschen Presse und deutschen Verlagen in Polen das Postdebit einzuschraenken,
   d) fuer deutsche Filme in Polen ein Verbot zu erwirken.

1o. Wir fordern die Uebergabe der ueberfluessigen deutschen Kirchen.

11. Wir fordern die Liquidierung der uebermaessigen Zahl deutscher, sowohl staatlicher wie privater Schulen in Polen.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez.: M. Horn
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0830-0061

Ri- Exhibit Nr. 168

3 5 5

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 359

Der Deutsche Generalkonsul in Danzig an das Auswaertige Amt

Bericht

Danzig, den 13. April 1939

Abs. 1 In zahlreichen, in der Naehe der Danziger Grenze gelegenen Ortschaften Pomerellens haben sich die deutschfeindlichen Ausschreitungen in der letzten Zeit erheblich verstaerkt. Die Nervositaet unter den Volksdeutschen ist staendig im Wachsen begriffen und hat dazu gefuehrt, dass in den Tagen um Ostern eine groessere Anzahl von deutschen Volksgenossen aus Pomerellen - man spricht von annaehernd 1oo Personen - ueber die Grenze nach Danzig gefluechtet ist.

.....

von Janson

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez.: M. Horn

Dr, Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0830-0063

Ri.Exhibit Nr. 169

A b s c h r i f t

aus Weiss - Buch Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 362

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. April 1939

Neuerdings stösst man in immer stärkerem Masse auf systematische Bemühungen, das Deutschtum in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen. Neben einer im hiesigen Amtsbereich beobachteten, offenbar von militärischer Seite betriebenen Propaganda gegen die Stärke und Schlag kraft der deutschen Armee ist in dieser Hinsicht die Verbreitung von Nachrichten über eine angebliche Lebensmittelnot in Deutschland bemerkenswert. Hand in Hand damit geht eine masslose Hetze gegen das gesamte hiesige Deutschtum. Nach den hier einlaufenden Meldungen werden in den Versammlungen der politischen Verbände laufend Beschlüsse gefasst, die auf eine Vernichtung des Deutsc tums in Oberschlesien abzielen. Die Folge ist eine sich in den letzten Tagen auffallend mehrende Zahl von wüsten Ausschreitungen gegen einzelne Deutsche, bei dene sich vor allem die polnische Jugend hervortut.

Nöldeke

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

M. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

RI. Exhibit Nr. 170

H0830-0064

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 366

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht.

Lodz, den 8. Mai 1939.

Abs. 1 Der Terror der verhetzten polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen in der Woiwodschaft Lodz, der sich durch zahlreiche Schlägereien mit oft schweren Körperverletzungen, Drohungen, Beleidigungen, Boykott, Eigentumsbeschädigungen, Verhaftungen und Schikanen aller Art - nicht zuletzt durch Brandstiftungen - äussert, hält unvermindert an. Unverkennbar besteht bei der polnischen Bevölkerung die Absicht, das Deutschtum in seiner Existenz zu vernichten, soweit es sich nicht völlig polonisieren lassen will.

...

von Berchem

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. M. Horn

Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

Nr. 358

Ri. Exhibit Nr. 171.

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 369

Eingabe der Vertreter der Deutschen Volksgruppe an den polnischen Staatspräsidenten.

den 12. Mai 1939.

...

Abs. 2 Die Lage der Deutschen Volksgruppe war immer schwer.... Wirksamen Schutz hat die deutsche Volksgruppe nicht gefunden ....

Abs. 4 ... Katholischen Deutschen wird die Ausübung der religiösen Pflichten in ihrer Muttersprache durch deutschfeindliche Elemente vielfach erschwert und sogar unmöglich gemacht, ohne dass sie den Schutz der Sicherheitsbehörde finden. Auf dem Gebiete der evangelischen Kirchen, namentlich der evangelisch=unierten in Oberschlesien und der evangelisch=augsburgischen, wurden die Deutschen entrechtet, obwohl sie die bei weitem überwiegende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes darstellen.

...

Abs. 8 Die deutsche Volksgruppe ist auf das tiefste davon durchdrungen, dass ihre Behandlung der Verfassung und in sehr vielen Fällen den Absichten des Gesetzgebers widerspricht.

Abs. 9 Aus der Verantwortung, die wir der Republik Polen ebenso wie unserer Volksgruppe schulden, halten wir uns für berechtigt und verpflichtet, Sie hochzuverehrender Herr Präsident, unmittelbar zu unterrichten und um die Sicherung der durch die Verfassung verbürgten Rechte der deutschen Volksgruppe und die Sicherung der unterschiedslosen, lediglich durch das Recht bestimmten An-

Nr. 359

wendung der Gesetze zu bitten.

In ererbietiger Hochachtung

Namens der deutschen Volksgruppe

Senator Erwin Hasbach Dipl. Ing. Rudolf Wiesner

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez. M. Horn
Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

Ri.Exhibit Nr. 172

H0830-0067

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 370

Der Deutsche Konsul in Lodz an das Auswärtige Amt

Bericht

Lodz, den 15.Mai 1939

Abs.1 Sehr schwere Ausschreitungen, die man als Deutsch-progrom bezeichnen kann, ereigneten sich am vergangenen Samstag, dem 13., und Sonntag, dem 14.Mai, in der Stadt Tomaschow=Mazowiecki (etwa 42 000 Einwohner, davon etwa 3 000 Deutsche), bei denen zahlreiche deutsche Existenzen vol lständig vernichtet wurden.

Abs.2 - -- Als der Pöbel genügend aufgewiegelt war, ... fing die Menge an, alle deutschen Geschäfte und Privatwohnungen systematisch volsständig zu demolieren. In einer wilden Raserei vernichteten sie ziemlich alles deutsche Privateigentum. Die Deutschen wurden wie Freiwild gejagd, sie flüchteten sich auf das Land hinaus und kehrten erst bei Tagesanbruch wieder zurück. Viele wurden durch Messerstiche und Stockhiebe erheblich verletzt.

...

von Bercher

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

gez. M.Horn
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830-0068

Ri.Exhibit Nr. 173

A b s c h r i f t

aus den W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

==========

Nr. 374

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

B e r i c h t

Warschau, den 22.Mai 1939

Abs. 1 Die Spannung der letzten Wochen ist auch auf das Deutschtum in Wolhynien nicht ohne Rückwirkungen geblieben .....

Abs.3 Für den Ernst der Lage, in der sich das wolhynische Deutschtum befindet, ist es schliesslich bezeichnend , dass auch hier in den letzten Monaten die illegale Abwanderung ins Reich trotz des weiten Weges zur Grenze immer stärker einsetzte.

...

von Moltke

Die Richtigkeit der Abschrift
Bestätigt:

gez. M.Horn
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0830-0069

Ri.Exhibit Nr. 174

A b s c h r i f t

aus dem Weiss-Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 380

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

B e r i c h t

Thorn, den 6.Juni 1939

Abs. 1 Die Massnahmen der polnischen Behörden gegen das Deutschtum und das deutsche Handwerk nehmen ihren Fortgang.....

Abs.6 Es ist kein Wunder, dass sich das Deutschtum hier, angesichts dieser Verhältnisse und nach den anderweitig berichteten Exzessen, Überfällen und Körperverletzungen , in einer verzweifelten Lage befindet. Diese Verzweiflung spricht sich am deutlichsten darin aus, dass der Strom der Abwanderung, und zwar hauptsächlich der illegal Abwandernden, unvermindert anhält.

Abs.7 Man kann verstehen, dass die deutschen Besitzer infolge der dauernden Drangsalierungen, der Angriffe und der Tätlichkeiten der umwohnenden Polen die sie teilweise zwingen, nachts aufzubleiben, weil sie neben dem Einschlagen von Fenstern die Inbrandsetzung des Gehöftes befürchten, sich in einen Zustand völliger Verzweiflung befinden, der sie alles vergessen und nur den Wunsch haben lässt "Aus dieser Hölle zurück ins Reich".

von Küchler

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez.M.Horn

Dr.H o r n

Rechtsanwalt

Ri.Exhibit Nr.175

H0830-0070

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 385

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19.Juni 1939

.....

Abs.2 Am Dienstag,den 13., war Senator Hasbach bei dem Ministerpräsidenten, um noch einmal auf diesem Wege den Versuch zu machen, eine Besserung der Zustände herbeizuführen. Unmittelbar darauf erfolgte der bisher schwerste Schlag gegen das Deutschtum mit der Enteignung des Deutschen Hauses in Bromberg, der Schliessung und Beschlagnahme des Deutschen Hauses in Lodz, des evangelischen Vereinshauses in Posen und des Deutschen Hauses in Tarnowitz. Über die umfangreichen Schliessungen von Organisationen in Wolhynien sind noch Erhebungen im Gange.

.....

Abs. 5 .....Ich habe in früheren Berichten wiederholt darauf hingewiesen, wie schwierig die Situation des Aussenministers Beck sich in den letzten Monaten gestaltet hat und wie die militärischen Kreise immer stärkeren Einfluss auf die polnische Aussenpolitik gewonnen haben. .....

von Moltke

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt :

gez. M.Horn
Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0071

Ri.Exhibit Nr.176

A b sc h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 391

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 27.Juni 1939

Abs.1 Es ist keinesfalls zu erwarten, dass sich die Polen durch deutsche Gegenmassnahmen von weiteren eventuell für notwendig erachteten Aktionen zurückhalten lassen. .....

Abs.2 Einen praktischen Nutzen haben bei der gegenwärtigen Situation Repressalien deshalb überhaupt nicht mehr; sie beeinträchtigen nur das jetzt klare Bild des einseitigen Vernichtungskampfes der Polen gegen die deutsche Volksgruppe.

.....

Moltke

Die Richtkeit der Abschrift bestätigt :

gez.: M.Horn

Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0072

Ri.Exhibit Nr.177

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 394

Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 5. Juli 1939

Abs. 1 Wie ich bereits wiederholt berichtet habe, hat die Bedrückung der deutschen Volksgruppe auf kirchlichem Gebiet eine weitere Verschärfung erfahren. Da das deutsche Element in seiner überwiegenden Mehrheit dem evangelischen Glauben angehört, hat es sich die polnische Politik zum Ziel gesetzt, die Organisation der deutsch-evangelischen Kirche nach Möglichkeit lahm zu legen. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Vorgänge, die dazu geführt haben, dass der hochverdiente und wegen seines unerschütterlichen Glaubens allgemein geachtete Pfarrer Kleindienst aus Wolhynien seines Amtes enthoben und schliesslich aus seiner Heimat, in der seine Familie mehr als zwei Jahrhunderte lebte, ausgewiesen wurde. .....

von Moltke

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt :

gez. M.Horn
Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0073

Ri-Exhibit Nr. 178

A b s c h r i f t

Aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 411

Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 15. August 1939

Abs. 1 Die Theologische Hochschule der unierten evangelischen Kirche in Polen ist durch einen Erlass des Ministers für religiöse Bekenntnisse und öffentlichen Unterricht vom 11. d. M. zum 1. Januar 1940 geschlossen worden.

.....

in Vertretung

Matuschka

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt :

gez. M Horn

Dr.Martin Horn

Rechtsanwalt

H0830-0074

Ri-Exhibit Nr. 179

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 412

Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm

Kattowitz, den 16.August 39

Angekündigte Aktion polnischer Behörden seit 14.August durchgeführt. Zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vor allem in Kreisen Jungdeutscher Partei, Volksbund und Gewerkschaften, Zahl der Verhaftungen schätzungsweise gegen 200. Schliessung deutscher Zeitungen, Gewerkschaften usw. Fast völlige Sperrung der Grenze. Aktion nach Geflüchteten noch im Gange. Erhöhte Bewachung und Bewaffnung im Grenzstreifen.

Nöldeke

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt :

gez. M. Horn

Dr. Martin Horn

Rechtsanwalt

H0830-0075

Ri-Exhibit Nr. 180

A b s c h r i f t

aus dem Weiss - Buch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 415

Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 2o. August 1939

Dem Auswärtigen Amt sind in den letzten Monaten dauernd Berichte der deutschen Konsulate in Polen zugegangen über grausame Misshandlungen, denen die Volksdeutschen durch die in immer zunehmenden Masse aufgehetzten und in ihrem Fanatismus völlig hemmungslosen Posen ausgesetzt sind. In der Anlage sind 38 besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt , bei denen die Gleichartigkeit bemerkenswert ist, mit der die Überfälle auf die Volksdeutschen inszeniert werden. ....
.....

Bergmann

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. M.Horn
Dr.Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0076

Ri.Exhibit Nr. 181

A b s c h r i f t
aus dem W e i s s - B u ch Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 430

Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 11. Juli 1939

Abs. 1 Das diesjährige "Fest des Meeres" fand in der Zeit vom 25.Juni bis 2.Juli v.J. statt .....

Abs.3 Den Höhepunkt der diesjährigen Feier bildete eine Kundgebung in Gdingen am 29.Juni d.J., an der der Stellvertretende Ministerpräsident Kwiatkowski, Handelsminister Roman und der Woiwode von Pommerellen Minister Raczkiewicz teilnahmen. Nach einem Bericht des Deutschen Konsulates in Gdingen wohnten dieser Kundgebung ferner etwa 3 000 Polen aus Danzig bei, die Schilder mit den Aufschriften " Danziger Herz und polnisch Herz ist ein Herz", " Danzig ist polnisch und wird polnisch bleiben" mit sich führten. Der Abgeordnete der polnischen Minderheit im Danziger Volkstag Budzynski wies in einer Ansprache auf die angebliche Verfolgung der polnischen Minderheit in Danzig hin und erklärte, dass die polnische Bevölkerung Danzigs die Vereinigung Danzigs mit dem Mutterlande Polen mit Hilfe der polnischen Armee erreichen werde.

In Vertretung
G r a f

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez.M.Horn
Dr.Horn
Rechtsanwalt

H0830-0077

Ri. Exhibit Nr. 182

A b s c h r i f t
aus W e i s s - B u c h Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
Nr. 272

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 20. März 1939

Erklärungen, die Chamberlain und Halifax soeben im Unterhaus abgegeben haben, bringen noch keine Klärung über die Absichten der Britischen Regierung. Lord Halifax beschränkt sich auf eine teilweise bittere Darstellung der Ereignisse der letzten Tage. Er sprach von "weiterreichenden gegenseitigen Garantien", die zweckmässig wären. Aus Mitteilungen zuverlässiger Gewährsleute ergibt sich etwa folgendes Bild über den gegenwärtigen Stand: Britische Regierung hat Initiative für Besprechungen fest in der Hand. Sie wünscht mit der Festlegung der zu befolgenden Politik voranzugehen, um zu vermeiden, dass die anderen Staaten konditionelle Erklärungen abgeben, die nach britischer Ansicht ihren Zweck nicht erreichen würden. Gedacht ist von britischer Seite offenbar an Festlegung einer Demarkationslinie, die insbesondere Rumänien einschliesst und deren Überschreitung durch einen Angreifer den Kriegsfall darstellen würde. Folgende Staaten sollen in der Garantiefrage zur Teilnahme aufgefordert worden sein: Russland, Polen, Türkei und Jugoslavien. Es stehe einwandfrei fest, dass man sich nicht an Ungarn gewandt habe. Es sei Polen überlassen worden, mit Litauen, Estland und Lettland Fühlung aufzunehmen, dasselbe gelte für die Türkei mit Bezug auf Griechenland. Wegen Bulgarien sei man noch zweifelhaft.

Kordt

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0078

Ri.Exhibit Nr. 184

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 274

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das

Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 22. März 1939

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich folgendes über den Inhalt der von England in Paris, Warschau und Moskau gemachten Vorschläge:

Die vorgeschlagene Deklaration sieht vor, dass im Falle einer befürchteten Aggression die Unterzeichner der Deklaration sich zu sofortiger Konsultation verpflichten, "to resist aggression."

Soweit bisher abzusehen, hat Polen Bedenken gegen englischen Vorschlag, Moskau hat noch nicht geantwortet.

Falls diese Deklaration durch die beteiligten Staaten angenommen wird, will England als zweiten Schritt Generalstabsbesprechungen mit dem Ziele militärischer Abmachungen in Vorschlag bringen.

Kordt

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0079

Ri.Exhibit Nr. 185

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 275

Der Deutsche Geschäftsträger in London an das

Auswärtige Amt

Telegramm

London, den 23. März 1939

Vorliegende Nachrichten zeigen deutlich, dass der mit Vortelegramm gemeldete englische Deklarationsplan praktisch [illegible]:

Der erste Teil bezieht sich auf eine Garantie Belgiens, Hollands und der Schweiz.

Der zweite Teil bezweckt den Schutz der Oststaaten gegen eine Aggression. Dem britischen Kabinett soll von militärischer Seite mitgeteilt worden sein, dass Rumänien wegen seiner Erdölquellen unbedingt vor deutschem militärischem Zugriff geschutzt werden müsse.

Wie mir ein gut informierter hiesiger Diplomat bestätigte, hat Polen sich bisher nicht entschliessen können, die britischen Vorschläge anzunehmen. Massgebend für diese Haltung sei, abgesehen von dem grossen Misstrauen gegen eine Hilfeleistung durch Sowjetrussland, die Erwägung, dass das Verhältnis zu Deutschland durch eine derartige Teilnahme unhaltbar werden würde und dass England und Frankreich im Falle eines deutschen Angriffes kaum in der Lage sein würden, Polen militärisch wirksam zur Hilfe zu kommen. Unter diesen Umständen scheine im Foreign Office der Konferenzgedanke wieder in den Vordergrund zu treten: Man hoffe, auf einer Viererkonferenz Polen wirksam unter Druck setzen zu können.

In englischen konservativen Kreisen besteht nach wie vor ein nicht zu unterschätzender Widerstand gegen die Hereinnahme Sowjetrusslands in das geplante System. Die soeben im Unterhaus von Chamberlain abgegebene Erklärung

H0830-0080

Ri. Exhibit 185

lässt darauf schliessen, dass in den der Regierung nahestehenden Kreisen der konservativen Partei die Furcht gross ist, ein im Osten konsolidiertes Gebiet unter deutscher Vorherrschaft werde sich nach dieser Konsoldierung mit seiner ganzen Kraft auf England werfen

Kordt

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0081

Ri. Exhibit Nr. 186

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 276

Der Deutsche Geschäftsträger in Paris an das

Auswärtige Amt

Telegramm

Paris, den 24. März 1939

Grosser Teil Pariser Presse bringt im wesentlichen übereinstimmende Nachricht, dass anlässlich Besuchs Französischen Staatspräsidenten in London Chamberlain, Halifax und Bonnet Protokoll gezeichnet oder Aide-Memoires ausgetauscht hätten, in denen sich Frankreich und England verpflichteten, im Falle eines Angriffes auf Holland oder, die Schweiz diesen Ländern automatisch bewaffneten Beistand zu leisten und ihre Grenzen zu schützen. Das so geschlossene Abkommen bestätige Vereinbarung, die am 29. Januar mündlich in Paris zwischen Bonnet und dem hiesigen Englischen Botschafter getroffen worden sei. Die so übernommenen Verpflichtungen seien den Belgien gegenüber bestehenden gleiche oder ähnliche. Über Januarabmachungen berichtet "l'Europe nouvelle" in Ausgabe vom 18. März (S.301), dass Verpflichtungen gegenüber Holland von England, gegenüber der Schweiz von Frankreich gewünscht worden seien.

Braeuer

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0830-0082

Ri.Exhibit Nr. 183

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 273

Der Deutsche Gesandte in Oslo an das Auswärtige Amt

Bericht

Oslo, den 21. März 1939

Aussenminister Koht, der von mehrtägigen Besuch in Paris, wo er an der Sorbonne Vorträge gehalten hat, am Montag zurückgekehrt war, nahm sogleich Gelegenheit, im zuerst erscheinenden Nachmittagsblatt den Hetzmeldungen der französischen Presse aufs entschiedenste entgegenzutreten, wonach die Deutsche Regierung schon vor 12 Tagen von den skandinavischen Staaten unter Drohung langt haben sollte, sich sowohl in wirtschaftlicher wi auch in politischer Beziehung Deutschland anzuschliesse

Der Aussenminister erklärte, dass ihm hiervon auch nicht das geringste bekannt sei. Im Aussenministerium finde sich nicht ein Wort, nicht einmal eine Silbe darüber. Es sei dies eines der üblichen Gerüchte, die a den verschiedensten Gründen ausgeheckt und verbreitet würden. Er könne nur, wie schon früher sagen, dass alle Grund vorhanden sei, solchen Pressemeldungen in Zeiten wie jetzt mit allergrösster Skepsis zu begegnen. Bis zu heutigen Tage, betonte Koht, nochmals, hat man von dem angeblich vor 12 Tagen erfolgten "Druck" Deutschlands i Norwegischen Aussenministerium noch nichts verspürt.

Dr. Sahm

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Nr. 376
"Exhibit Ri. Nr. 187

Abschrift
aus: Dokumente der Deutschen Politik, Band 7 I

Nr. 13

Freundschafts= u. Bündnispakt zwischen Deutschland u. Italien v. 22. 5. 1939.

Der Deutsche Reichskanzler und Seine Majestät der König von Italien und Albanien, Kaiser von Äthiopien, halten den Zeitpunkt für gekommen, das enge Verhältnis der Freundschaft und Zusammengehörigkeit, das zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien besteht, durch einen feierlichen Pakt zu bekräftigen.

Nachdem durch die gemeinsame, für alle Zeiten festgelegte Grenze zwischen Deutschland und Italien die sichere Brücke für gegenseitige Hilfe und Unterstützung geschaffen worden ist, bekennen sich beide Regierungen aufs neue zu der Politik, die in ihren Grundlangen und Zielen bereits früher von ihnen vereinbart worden ist und die sich sowohl für die Förderung der Interessen der beiden Länder als auch für die Sicherung des Friedens in Europa erfolgreich bewährt hat.

Durch die innere Verwandschaft ihrer Weltanschauung und durch die umfassende Solidarität ihrer Interessen fest miteinander verbunden, sind das deutsche und das italienische Volk entschlossen, auch in Zukunft Seite an Seite und mit vereinten Kräften für die Sicherung ihres Lebensraums und für die Aufrechterhaltung des Friedens einzutreten.

Auf diesem ihnen von der Geschichte vorgezeichneten Wege wollen Deutschland und Italien inmitten einer Welt der Unruhe und Zersetzung der Aufgabe dienen, die Grundlagender europäischen Kultur zu sichern.

Um diese Grundsätze vertraglich festzulegen, haben zu Bevollmächtigten ernannt:

der Deutsche Reichskanzler: den Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop;
Seine Majestät der König von Italien und Albanien, Kaiser von Äthiopien: den Minister für die auswärtigen Angelegenheiten Graf Galeazzo Ciano di Cortellazzo,

die sich nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

Artikel I.

Die Vertragsschliessenden Teile werden ständig in Fühlung miteinander bleiben um sich über alle ihre gemeinsamen Interessen oder die europäische Gesamtlage berührenden Fragen zu verständigen.

Artikel II.

Falls die gemeinsamen Interessen der Vertragsschliessnnder Teile durch internationale Ereignisse irgendwelcher Art gefährdet worden sollten, werden sie unverzüglich in Beratungen über die zur Wahrung dieser Interessen zu ergreifenden Massnahmen eintreten.

Wenn die Sicherheit oder andere Lebensinteressen eines der

H0830-0083

Vertragschliessenden Teilevon aussen her bedroht werden sollten, wird der andere Vertragschliessende Teil dem bedrohten Teil seine volle politische und diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen, um diese Bedrohung zu beseitigen.

Artikel III.

Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der Vertragsschliessenden Teile dazu kommen sollte, dass einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten geratet, wird ihm der andere Vertragsschliessende Teil sofort als Bundesgenosse zur Seite treten und ihn mit allen seinen militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen.

Artikel IV.

Um im gegebenen Falle die schnelle Durchführung der in Artikel III übernommenen Bündnispflichten sicherzustellen, werden die Regierungen der beiden Vertragsschliessenden Teile ihre Zusammenarbeit auf militärischem Gebiete und auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft weiter vertiefen.

In gleicher Weise werden sich die beiden Regierungen auch über andere zur praktischen Durchführung der Bestimmungen dieses Paktes notwendige Massnahmen fortlaufend verständigen.

Die beiden Regierungen werden zu den vorstehend in Absatz I und II angegebenen Zwecken ständige Kommissionen bilden, die der Leitung der beiden Aussenminister unterstellt sind.

Artikel V.

Die Vertragschliessenden Teile verpflichten sich schon jetzt, im Falle eines gemeinsam geführten Krieges Waffenstillstand und Frieden nur in vollem Einverständnis miteinander abzuschliessen.

Artikel VI.

Die beiden Vertragschliessenden Teile sind sich der Bedeutung bewusst, die ihren gemeinsamen Beziehungen zu den ihnen befreundeten Mächten zukommt. Sie sind entschlossen, diese Beziehungen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und gemeinsam entsprechend den übereinstimmenden Interessen zu gestalten, durch die sie mit diesen Mächten verbunden sind.

Artikel VII.

Dieser Pakt tritt sofort mit der Unterzeichnung in Kraft. Die beiden Vertragschliessenden Teile sind darüber einig, die erste Periode seiner Gültigkeit auf zehn Jahre festzusetzen. Sie werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die Verlängerung der Gültigkeit des Paktes verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Pakt unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

H0830-0084

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und italienischer Sprache, die beide gleiche Geltung haben.

Berlin, den 22. Mai 1939 - im XVII ten Jahre der Faschistischen Aera.

Joachim v. Ribbentrop. Galeazzo Ciano.

Über diese Mailänder Zusammenkunft berichtete Graf Ciano in seiner Rede vor der Faschistischen und Korporativen Kammer zu Rom vom 16. Dezember 1939.

nachdem er die englisch-französischen Einkreisungsbemühungen geschildert hatte:

So wurde Tag für Tag der Ring vervollständigt, der - nach der Absicht seiner Urheber - die Blockade Deutschlands im Osten Europas und Italiens im Mittelmeer und auf dem Balkan ermöglichen sollte. Nichts war natürlicher, als dass Italien und Deutschland unter diesen Umständen in einen Meinungsaustausch eintraten, um die weitere Gestaltung ihrer gemeinsamen Politik zu klären und zu bestimmen. Dieser Meinungsaustausch fand am 6. und 7. Mai in Mailand statt. Der deutsche Reichsaussenminister und ich konnten feststellen, dass die Lage in Rom und Berlin absolut gleich beurteilt wurde, ebenso, dass die Absichten in bezug auf die Zukunft dieselben waren. Waren Italien und Deutschland gleicherweise entschlossen, jeden Angriff der Gegner mit Waffengewalt zurückzuweisen, so stimmten sie andererseits völlig in bezug auf die Notwendigkeit überein, alle Anstrengungen zu machen um Europa den Frieden für lange Zeit zu erhalten, schon um ihren beiden Ländern die notwendige Zeit zur Fertigstellung des Aufbauwerkes und der Vervollständigung der militärischen Rüstungen zu sichern. Die Dauer dieser Periode wurde von uns mit drei Jahren, von deutscher Seite mit vier Jahren oder fünf angegeben. Das darf jedoch nicht so aufgefasst werden, als ob nach Ablauf dieser Zeit Italien und Deutschland die Absicht gehabt hätten, den Weltfrieden durch Drohungen oder Angriffshandlungen zu stören. Im Gegenteil: Ihre Zusammenarbeit hatte die Schaffung einer Basis zum Ziel, auf der es in Zukunft leichter sein sollte, den europäischen Frieden und die Sicherheit Europas zu gewährleisten, die nur dann haltbar und wirklich sein konnten, wenn die Lebensnotwendigkeiten Italiens und Deutschlands billigerweise einbezogen und befriedigt waren. Jedenfalls stimmte die Reichsregierung mit uns völlig in bezug auf die Notwendigkeit überein, vor Ablauf der oben erwähnten Zeitspanne keine Fragen aufzuwerfen, die neue Diskussionen hervorrufen könnten. Unter diesen Voraussetzungen und mit dem Ziel, den übereinstimmenden Willen Italiens und Deutschlands zur Bildung einer Einheitsfront gegen die Einkreisungspolitik zu formulieren, wurden in Mailand der bevorstehende Abschluss eines Bündnisses angekündigt, dessen Unterzeichnung dann in Berlin am 22. Mai stattfand."

H0830-0085

379

Nach dem Empfung durch den Führer in seinem Arbeitszimmer in der Neuen Reichskanzlei gaben Ciano und Ribbentrop im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes vor deutschen und ausländigchen Pressevertretern Erklärungen ab. Ribbentrops Erklärung hatte folgenden Wortlaut:
"Die Achse Rom-Berlin, vor Jahren schon entstanden aus der gemeinsamen Abwehr Deutschlands und Italiens gegen die Nutznieser des Versailler Statuts quo und aus der Entschlossenheit beider Staaten, dem europäischen Kontinent einen gerechteren Frieden zu schaffen, hat wiederholt ihre Feuerprobe bestanden. Wenn aber am heutigen Tage der erst vor zwei Wochen in Mailand beschlossene deutsch-italienische Bündnispakt in der Reichshauptstadt durch den Beauftragten des Duce und den Aussenminister des Führers unterzeichnet wurde, so bedeutet dies keine neue Aera in der Politik Deutschlands und Italiens, sondern die Regierungen beider Länder ziehen damit nur den logischen Schlusstrich unter eine ganz natürliche Entwicklung. Die gleichen Ziele des Nationalsozialismus und des Faschismus mussten die Völkerzwangsläufig zu einer immer engeren Interessengemeinschaft und einer immer tieferen Verbundenheit zusammenführen, Derheutige Vertrag, der in einer umfassenden Form den Willen der beiden Völker kundtut, ihre Zukunft gemeinsam zu meistern, bezweckt daher nichts anderes, als das vor der Welt dokumentarisch festzulegen, was schon lange lebendige politische Wirklichkeit war.

Seit Deutschland und Italien die Fesseln des Versailler und Genfer Systems abgeschüttelt haben und ihre Politik statt auf wirklichkeitsfremde Ideologien ausschliesslich auf die Kraft ihrer neuentstandenen Reiche aufbauen, haben die sogenannten Demokratien ihre Anstrengungen verdoppelt, die beiden Mächte in erneute Abhängigkeit zu bringen und neuerdings auch sie einzukreisen. Zugleich hat man von seiten dieser Länder immer wieder versucht, die Achsenpartner gegeneinander auszuspielen, ja, die Achse zu sprengen. Trotz aller Enttäuschungen, die die klare Politik und der unerschütterliche Zusammenhalt der Mächte der Ordnung diesen demokratischen Raenkeschmieden bereitete, haben diese Politiker immer wieder wilde Spekulationen über einen möglichen Bruhh der Achse angestellt. Dieses Spiel sollte über den Mangel positiver eigender politischer Erfolge hinwegtäuschen.

Gegenüber all diesen Illusionen und Raenken stellt der neue Pakt in einer über jede Anzweiflung undMissdeutung erhabenen Weise die unzerbrechliche Zusammengehörigkeit der unter der einmaligen historischen Führung Adolf Hitlers und Benito Mussolinis vereinten 15o Millionen Menschen fest. Während die Einkreisungspolitik der demokratischen Regierungen sich verhüllt oder offen gegen Deutschland und Italien richtet, bedroht der neue Pakt Berlin-Rom niemand. Während die Paktpolitik unserer Gegner ein verantwortungsloses Spiel mit dem Krieg und mit der Kriegspanik ist, während man versucht, durch immer gewagtere Kombinationen ganze Erdteile gegeneinander aufzuwiegeln, dient der neue Pakt

H0830-0086

gerade der Sicherung des Friedens gegen solche gefährlichen Bedrohungen.

Während die Ziele der Einkreisungspolitiker rein negative sind und der Aufrechterhaltung alten Unrechts dienen, um Deutschland und Italien den ihnen gebührenden Platz in der Welt, den ihnen zukommenden Anteil an den Gütern dieser Erde vorzuenthalten, sind die Ideale der Ordnungsmächte positive und schöpferische: sie wollen den Frieden, aber einen gerechten Frieden, um ihren Völkern und ganz Europa und letzten Endes auch der Welt die Segnungen einer dauerhaften und festgegründeten Ordnung zu sichern.

Die beiden Regierungen sind der festen Überzeugung, dass es in Europa kein einziges politisches Problem gibt, das nicht bei allseitig gutem Willen auf friedlichem Wege gelöst werden könnte. Sie sind aber zugleich fest entschlossen, vor der Drohung mit Gewalt keinen Schritt zurückzuweichen, sondern die Lebensrechte ihrer Völker mit ihrer ganzen Kraft und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. An der unlöslichen und schicksalhaften Verbundenheit des Grossdeutschen Reiches mit dem italienischen Imperium kann in Zukuft niemand in der Welt mehr zweifeln, deuteln oder rütteln.

Jedem Eingriff in italienische oder deutsche Rechte wird in Zukunft die geschlossene Kraft beider Länder gegenüberstehen. Jeder Fussbreit deutschen oder italienischen Bodens wird fortan gemeinsam von italienischen und deutschen Soldaten verteidigt werden. Deutschland und Italien bilden zusammen mit ihren mächtigen und treuen Freunden in aller Welt einen gewaltigen und unbesiegbaren Block von 300 Millionen Menschen, die bereit sind, jedem die Hand zur Freundschaft zu reichen, aber auch entschlossen, jeden Feind mit ihrer zusammengeballten Kraft zu zerbrechen."

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg,.....März 1946.

gez. M. Horn.
Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

H0830-0087

H0830-0088

"Exhibit Ri.Nr. 188

Abschrift

aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 432.

Der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig
an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig.

(Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939

An den
Herrn Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig,
Arthur Greis er, Danzig.

Ich habe erfahren, dass die lokalen Danziger Zollbehörden an den Grenzstellen zwischen der Freien Stadt Danzig und Ostpreussen sich an die polnischen Zollinspektoren mit der in ihrer Art beispiellosen Erklärung gewandt haben, dass die Danziger Ausführungsorgane beabsichtigen, sich vom 6. August um 7 Uhr ab der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Inspektoren zu widersetzen, welche Funktionen sich aus den Rechten der Polnischen Regierung an der Zollgrenze ergeben. Ich bin überzeugt, dass dieses Vorgehen der lokalen Organe entweder auf einem Missverständnis oder auf einer irrigen Auslegung der Instruktion des Senats der Freien Stadt Danzig beruht.

Ich zweifle nicht, dass Sie, Herr Präsident des Senats, keine Zweifel darüber hegen, dass eine derartige Antastung der fundamentalen Rechte Polens unter keinem Vorwand von der Polnischen Regierung geduldet wird.

Ich erwarte Ihre zusichernde Antwort, dass Sie Anordnungen erlassen haben, die das Vorgehen Ihrer Untergebenen annullieren spätestens bis zum 5. August um 18 Uhr.

Angesichts der Tatsache, dass das erwähnte Vorgehen an einer Reihe von Grenzstellen stattgefunden hat, bin ich gezwungen, Sie, Herr Präsident des Senats, zu warnen, dass alle polnischen Zollinspektoren den Befehl erhalten haben, ihren Dienst in Uniform und mit der Waffe am 6. August d.J. und den nachfolgenden Tagen an allen Grenzpunkten auszuüben, die sie für die Kontrolle als notwendig erachten. Alle Versuche, ihnen die Ausübung des Dienstes zu erschweren, alle Überfälle oder Interventionen der Polizeibehörden wird die polnische Regierung als einen Gewaltakt gegen die amtlichen Bediensteter des Polnischen Staates während der Ausübung ihres Dienstes betrachten. Falls die obenerwähnten Missbräuche angewandt werden sollten, wird die polnische Regierung unverzüglich Vergeltung (Retorsion) gegen die Freie Stadt anwenden, für die die Verantwortung ausschliesslich auf den Senat der Freien Stadt fällt.

Ich hoffe, bis zu der erwähnten Zeit eine zufriedenstellende Aufklärung zu erhalten.

Chodacki

Die wortgetreue Abschrift aus den
aufgeführten Schriften, die mir im Original
vorlagen, wird bestätigt:
Nürnberg, ...März 1946

gez.M.Horn

H0830-0089

"Exhibit Ri.Nr. 189

A b s c h r i f t

aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 434.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Rpublik Polen in Danzig.

Danzig, den 7.August 1939

Herr Minister,

Auf Ihre beiden Schreiben, datiert vom 4. d.M., von denen das zweite am 5.August zugestellt wurde, muss ich Ihnen mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen,dass Sie ein völlig unkontrolliertes Gerücht zum Anlass nehmen, der Danziger Regierung ein kurzfristiges Ultimatum der Polnischen Regierung zu übersenden, und damit in dieser politisch bewegten Zeit grundlos Gefahren heraufbeschwären, deren Auswirkung unübersehbares Unheil anrichten kann. Die plötzliche Anordnung der polnischen Regierung, das a l l e polnischen Zollinspektoren ihren Dienst in Uniform und mit Waffe auszuüben haben, verstösst gegen die vertragliche Abmachung und kann nur als eine beabsichtigte Provokation aufgefasst werden, um Zwischenfälle und Gewaltakte bedenklichster Art herbeizuführen.

Nach den von mir inzwischen getroffenen Feststellungen, von denen ich Ihnen sogleich am Sonnabend, den 5.d.M. vormittags, telephonisch Mitteilung machte, ist von keiner Stelle insbesondere von keiner Dienststelle des Landeszollamts der Freien Stadt Danzig, eine Anordnung des Inhalts gegeben worden, dass die Danziger Ausführungsorgane sich von 6.August, 7 Uhr früh ab, der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Zollinspektoren zu widersetzen haben. Ich verweise ausserdem auf mein Schreiben vom 3.Juni d.J., in dem ich bereits das Verhältnis der Danziger Zollbeamtenschaft zu den polnischen Zollinspektoren an der Grenze genau präjudizierte.

Die Danziger Regierung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Polnischen Regierung angedrohten Retorsionen, die sie als völlig unzulässige Drohung ansieht und deren Folgen allein auf die Polnische Regierung zurückfallen.

Genehmigen Sie, usw.

Greiser

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.
Nürnberg, ... März 1946

gez.M.Horn

H0830-0090

"Exhibit Ri.Nr. 19o

Abschrift

aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 445.

Mitteilung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an den Polnischen Geschäftsträger, 9. August 1939.

Die Reichsregierung hat mit grossem Befremden von der Note der Polnischen Regierung an den Senat der Freien Stadt Danzig Kenntnis erhalten, in der die Zurücknahme einer angeblichen - auf unwahren Gerüchten beruhenden - Anordnung des Senats zwecks Verhinderung der polnischen Zollinspektoren an der Ausübung ihres Dienstes, die in Wirklichkeit von dem Senat der Freien Stadt gar nicht erlassen waren, in ultimativer Form gefordert wurde. Im Falle einer Weigerung wurden Vergeltungsmassnahmen gegen die Freie Stadt Danzig angedroht.

Die Reichsregierung sieht sich veranlasst, die Polnische Regierung darauf hinzuweisen, dass eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmassnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschliesslich auf die Polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muss.

Die Reichsregierung lenkt fernerhin die Aufmerksamkeit der Polnischen Regierung auf die Tatsache, dass die von der Polnischen Regierung getroffenen Massnahmen zur Verhinderung der Einfuhr gewisser Waren aus der Freien Stadt Danzig nach Polen geeignet sind, schwere wirtschaftliche Schädigungen für die Bevölkerung Danzigs hervorzurufen.

Sollte die Polnische Regierung auf der Aufrechterhaltung derartiger Massnahmen beharren, so bliebe nach Auffassung der Reichsregierung nach Lage der Dinge der Freien Stadt Danzig keine andere Wahl, als sich nach anderen Ausfuhr - und damit auchEinfuhrmöglichkeiten umzusehen.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.
Nürnberg, ... März 1946

gez.M.Horn

H0830-0091

"Exhibit Ri.Nr. 191

Abschrift
aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 447.

Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt.

Telegramm

Warschau, den 11. August 1939

Zu gestern fernmündlich durchgegebener Mitteilung Arciszewskis an mich + mitteile ergänzend, dass Herr Beck gestern, ehe mich Arciszewski empfing, Botschafter Englands und Frankreichs zu sich bestellt hatte. Offenbar hat Beck Wert darauf gelegt, vor Abgabe Erklärung an uns das Plazet der Bundesgenossen einzuholen.

Wühlisch

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt
Nürnberg, ...März 1946

Vgl. Nr.446

gez.M.Horn

Nr. 385

Exhibit Ri. Nr. 1[illegible]2

Abschrift.
aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.
Nr. 446.

Mitteilung des Unterstaatssekretärs im Polnischen Aussenministerium an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau, 1o. August 1939.

(Übersetzung)

Die Regierung der Republik Polen hat mit der lebhaften Überraschung von der Erklärung Kenntnis genommen, die der Staatssekretär im Deutschen Auswärtigen Amt demGeschäftsträge Polens, a.i. Berlin am 9. August 1939 über die zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig bestehenden Beziehungen gemacht hat. ++Die polnische Regierung kann tatsächlich keine juristische Grundlage erkennen, die eine Einmischung Deutschlands in die vorgenannten Beziehungen rechtfertigen könnte.

Wenn über das Danziger Problem zwischen der Polnischen Regierung und der Reichsregierung Meinungsaustäusche stattgefunden haben, so war dies allein in dem guten Willen der Polnischen Regierung begründet und ergab sich keineswegs aus irgendwelcher Verpflichtung.

In Beantwortung der vorgenannten Erklärung der Reichsregierung ist die Polnische Regierung gezwungen, die Deutsche Regierung darauf hinzuweisen, dass sie wie bisher auch in Zukunft gegen jeden Versuch der Behörden der Freien Stadt, die Rechte und Interessen in Frage zu stellen, die Polen auf Grund seiner Abkommen in Danzig besitzt, vorgehenwird, und zwar durch Mittel und Massnahmen, die sie allein für angebracht hält, und dass sie eventuelle Einmischungen der Reichsregierung zum Schaden dieser Rechte und Interessen als Angriffshandlungen ansehen wird.

Vgl. Nr. 445

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1946.

gez. M. Horn,
Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

H0830-0092

H0830-0093

Ri. Exhibit Nr. .....

Dok. Nr. TC 77

Abschrift

Aufzeichnung
ueber die Unterredung zwischen dem FUEHRER und dem italienischen Aussenminister Graf CIANO in Anwesenheit des Reichsaussenministers auf dem Obersalzberg am 12. August 1939.

Anhand von Karten stellte der Fuehrer zu Beginn der Unterredung dem Grafen Ciano die augenblickliche Lage Deutschlands vom militaerischen Standpunkt aus dar. Er unterstrich insbesondere die Staerke der deutschen Westbefestigungen. Es gebe auf der Westseite drei Durchbruchstellen, an denen die Franzosen in frueheren Zeiten stets den Durchbruch aus geographischen und strategischen Gruenden versucht haetten, die nun aber besonders sorgfaeltig geschuetzt worden seien, sodass auch hier ein Durchbruch unmoeglich erschiene. Im uebrigen seien die Westbefestigungen auch laengs der luxemburgisch-belgischen Grenze bis an die hollaendische Grenze durchgefuehrt worden, sodass eine Verletzung der belgischen Neutralitaet fuer Frankreich keinerlei militaerische Vorteile mehr mit sich braechte, sondern hoechstens die Gefahr in sich schloesse, dass Belgien sich zur Verteidigung seiner Neutralitaet und auch auf Draengen des flaemischen Bevoelkerungsteils auf die Seite Deutschlands stelle. Die einzig noch uebrig bleibende Angriffsmoeglichkeit waere somit theoretisch der Weg ueber die Niederlande. Aber auch diese wuerden nach Ansicht des Fuehrers ihre Neutralitaet energisch verteidigen schon weil sie wuessten, dass sie bei Teilnahme an einem allgemeinen Konflikt ihre so gut wie unverteidigten ostasiatischen Kolonien an Japan verlieren wuerden. Die Niederlande seien im uebrigen infolge der zahlreichen Fluesse und Kanaele und der Moeglichkeit, weite Strecken des unterhalb des Meeresspiegels gelegenen Landes zu ueberschwemmen, als Aufmarschgebiet fuer eine groessere Armee voellig ungeeignet. Deutschland wuerde selbstverstaendlich bei einer Verletzung der hollaendischen Neutralitaet sofort in das Land einruecken und haette bei der sehr geringen Entfernung der deutschen Grenze von der Maas die Moeglichkeit, innerhalb weniger Stunden bis an diesen Fluss vorzustossen. Im uebrigen biete der Rhein -

H0830-0094

der in Holland 1 - 1 1/2 km breit sei, einen natuerlichen Schutz gegen Angriffe aus dieser Richtung.

Die dritte Moeglichkeit, Deutschland anzugreifen, bestuende in der Blockade durch die englische Marine. Dabei sei jedoch zu bedenken, dass die Blockadeschiffe von Deutschland aus der Luft angegriffen worden koennten, da ganz England infolge des grossen Aktionsradius' der neuesten deutschen Bomber innerhalb des Angriffsbereichs der deutschen Luftwaffe laege. Irgendwelche weiteren Angriffsmoeglichkeiten auf Deutschland bestuenden nicht. Die nordischen Laender wuerden zweifellos neutral bleiben und seien auch insofern vor jedem Angriff von irgendeiner Seite sicher, als eine Besetzung derartig grosser Gebiete wie Norwegen und Schweden wohl kaum in Frage kommen duerfte. Ebenso wuerde die Schweiz sicherlich ihre Neutralitaet gegen jeden Eindringling aufs aeusserste verteidigen.

Im Osten habe Deutschland ebenfalls starke Befestigungen errichtet. Der Fuehrer zeigte dem Grafen Ciano die verschiedenen Befestigungssysteme Ostpreussens (Koenigsberg, Heilsberger Dreieck, Grenzbefestigungen). Auch an der uebrigen Reichsgrenze (Grenzmark, Schlesien) seien starke Befestigungen im Entstehen begriffen, die besonders an der polnischen Grenze gegenueber Berlin zu einem uneinnehmbaren System hintereinander liegenden Linien ausgebaut worden seien. Allerdings sei die Hauptstadt bei nur 150 km, die sie von der polnischen Grenze trennten, Luftangriffe stark ausgesetzt, besonders da infolge der grossen Ausdehnung Berlins (28 km nordsued und 45 km ostwest) die Stadt auch schon aus einer sehr grossen Hoehe 8-9000 m) aus der Luft bombardiert werden koennte, ohne dass zwar bestimmte Ziele angegriffen wuerden, jedoch mit der Sicherheit, dass die Bomben irgendwo im Stadtgebiet niederfielen.

Zur militaerischen Lage der Westmaechte und Polens uebergehend, wies der Fuehrer erneut auf die Verwundbarkeit Englands in der Luft hin. Zwar seien in der Flugzeugproduktion Fortschritte gemacht worden, jedoch befaende sich die Luftabwehr noch stark im Rueckstand. Man wisse, dass sich England erst im letzten Herbst fuer eine bestimmte Luftabwehrgeschuetz-Type entschieden habe und besitze auf Grund der eigenen siebenjaehrigen Aufruestung Erfahrung genug, um zu wissen, dass eine Produktion in groesserem Masse erst nach langer Zeit nach der Wahl eines Prototyps moeglich sei, sodass eine wirksame Luftabwehr in England erst in 1-2 Jahren in Erscheinung treten koenne. Im uebrigen gelte fuer London ebenso wie fuer die grossen Staedte und Industriezentren der -

H0830-0095

selbe Nachteil, der Berlins Stellung gegenueber polnischen Luftangriffen charakterisiere; aus grossen Hoehen, die fuer die jetzigen, noch aus dem Kriege stammenden Luftabwehrgeschuetze Englands nicht zu erreichen seien, koennten mit absoluter Sicherheit Bombardements erfolgen, die auf jeden Fall innerhalb der Grossziele erfolgreich sein wuerden.

Zur See habe England im Augenblick noch keinerlei Zuwachs zu verzeichnen. Von den im Bau befindlichen Schiffen wuerden erst in einiger Zeit die ersten Einheiten in Dienst gestellt werden koennen. Was die Landarmee anbetreffen, so seien nach Einfuehrung der Dienstpflicht jetzt 60 000 Mann unter die Fahnen gerufen worden. Wenn England im eigenen Lande die notwendigen Truppen zurueckbehielte, so sei es in der Lage, Frankreich hoechstens 2 Infanteriedivisionen und 1 Panzerdivision zur Verfuegung zu stellen. Im uebrigen koenne es einige Bombengeschwader, aber kaum Jagdgeschwader auf Frankreich abstellen, da bei Kriegsausbruch die deutsche Luftflotte England sofort angreifen wuerde und die englischen Jagdflugzeuge daher fuer den Schutz des eigenen Landes dringend benoetigt werden wuerden.

Ueber Frankreichs Lage bemerkte der Fuehrer, dass bei einem allgemeinen Konflikt nach der innerhalb einer kurzen Zeit zu erwartenden Niederschlagung Polens Deutschland in der Lage sein wuerde, am Westwall 100 Divisionen zu versammeln, die Frankreich zwingen wuerden, saemtliche Streitkraefte aus den Kolonien, von der italienischen Grenze und anderswoher an seiner eigenen Maginotlinie fuer den Kampf auf Leben und Tod, der dann einsetzen wuerde, zu versammeln. Er sei im uebrigen der Ansicht, dass die Franzosen ebensowenig die italienischen Befestigungen ueberrennen koennten, wie den Westwall.

Hier gab Graf Ciano einige Zeichen aeussersten Zweifels zu erkennen.

Polens Armee sei ausserordentlich unterschiedlich in ihrem Wert. Es gebe neben einigen Paradedivisionen eine ganze Anzahl minderwertiger Truppenteile. In der Tankabwehr und Luftabwehr sei Polen sehr schwach. Zurzeit koennten ihm Frankreich und England nichts liefern. Wenn aber Polen eine laengere Zeit lang vom Westen wirtschaftlich unterstuetzt wuerde, so koenne es sich diese Waffen zulegen und Deutschlands Ueberlegenheit wuerde dadurch herabgesetzt. Den Fanatikern von Warschau und Krakau staende die indifferente Landbevoelkerung der anderen Gegenden gegenueber. Ausserdem sei die Bevoelkerungszusammen-

H0830-0096

setzung des Polnischen Staates zu beruecksichtigen: auf 34 Millionen Einwohner kaemen 1 1/2 Millionen Deutsche, rund 4 Millionen Juden und schaetzungsweise 9 Millionen Ukrainer, sodass an eigentlichen Polen erheblich weniger als die Bevoelkerungszahl uebrig bleibe, und auch diese, wie bereits erwaehnt, in ihrer Schlagkraft unterschiedlich zu bewerten seien. Unter diesen Umstaenden wuerde Polen durch Deutschland in kuerzester Zeit zu Boden geschlagen werden.

Da Polen durch seine ganze Haltung zu erkennen gebe, dass es auf jeden Fall in einem Konflikt auf Seiten der Gegner Deutschland und Italiens stehen wuerde, koenne eine schnelle Liquidierung fuer die doch unvermeidbare Auseinandersetzung mit den westlichen Demokratien im jetzigen Augenblick nur von Vorteil sein. Bleibe ein feindliches Polen an Deutschlands Ostgrenze bestehen, so waeren nicht nur die 11 ostpreussischen Divisionen, sondern auch noch weitere Kontingente in Pommern und Schlesien gebunden, was bei einer vorherigen Liquidierung nicht der Fall sein wuerde. Ganz allgemein gesprochen sei es ueberhaupt das beste, wenn die falschen Neutralen einer nach dem andern liqpidiert wuerden.

Dies liesse sich verhaeltnismaessig einfach durchfuehren, wenn jeweils der eine Partner der Achse dem anderen, der gerade einen der unsicheren Neutralen erledigte, den Ruecken deckte und umgekehrt. Fuer Italien sei wohl Jugoslavien als ein derartiger unsicherer Neutraler anzusehen. Bei dem Besuche des Prinzregenten Paul habe er (der Fuehrer) diesem besonders auch mit Ruecksicht auf Italien nahe gelegt, durch eine Geste seine politische Einstellung der Achse gegenueber zu klaeren. Er habe dabei an eine engere Bindung an die Achse und an den Austritt Jugoslaviens aus dem Voelkerbund gedacht. Dieser letztere sei auch vom Prinzen Paul zugesagt worden. Vor kurzem sei der Prinzregent in London gewesen und habe dort Rueckversicherunge bei den Westmaechten gesucht. Es habe sich hier das wiederholt, was man mit Grafencu erlebt hatte, der auch bei seinem Besuch in Deutschland ausserordentlich vernuenftig gewesen waere und jedes Interesse an den Zielen der westlichen Demokration abgeleugnet habe. Nachher allerdings haette er, wie man spaeter erfahren habe, in England einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Unter den Balkanlaendern koenne sich die Achse voll und ganz nur auf Bulgarien verlassen, das gewissermassen der natuerliche Verbuendete Italiens und Deutschlands sei. Deshalb habe Deutschland auch Bulgarien so stark wie moeglich mit Waffenlieferungen unterstuetzt und werde dies auch fortsetzen. Jugoslavien wuerde nur-

H0830-0097

so lange neutral bleiben, als es gefaehrlich waere, offen auf die Seite der westlichen Demokratien ueberzugehen. In dem Augenblick aber, in dem fuer Deutschland und Italien eine Wendung zum Schlechten eintraete, wuerde Jugoslavien auch offen auf die andere Seite treten in der Hoffnung, damit dem Lauf der Dinge eine endgueltige Wendung zum Nachteil der Achse zu geben. Rumaenien fuerchte sich vor Ungarn und sei militaerisch ausserordentlich schwach und innerlich korrupt. Koenig Karol wuerde ohne Notwendigkeit seine Neutralitaet zweifellos nicht verlassen.

Ungarn sei befreundet und die Slowakei befaende sich unter deutschem Einfluss, habe sogar in einigen Teilen deutsche Garnisonen.

Zur Danziger Frage zurueckkehrend erklaerte der Fuehrer dem Grafen Ciano, dass es ihm unmoeglich sei, hier zurueckzuweichen. Er habe sich mit Italien auf die Zurueckziehung der Deutschen aus Suedtirol geeinigt, muesse aber nun gerade deswegen peinlichst alles vermeiden, was den Eindruck hervorrufen koenne, es handle sich bei der Zurueckziehung der Deutschen aus Suedtirol um einen Praezedenzfall der auch auf andere Gebiete Anwendung finden koenne. Im uebrigen sei seine Rechtfertigung der Zurueckziehung dieser Deutschen aus Italien dem deutschen Volke gegenueber die allgemeine nach Osten und Nordosten gehende Richtung der deutschen Politik. Der Osten und Nordosten, d.h. die Laender an der Ostsee, seien genau so Deutschlands unumstrittene Interessengebiete seit Urzeiten wie das Mittelmeer Italiens eigenste Sphaere sei. Auch aus wirtschaftlichen Gruenden brauche Deutschland die Getreide und Holz produzierenden Laender dieser oestlichen Gegenden. Im Falle Danzig handele es sich aber nicht nur um rein materielle Interessen, obwohl diese Stadt der groesste Ostseehafen sei. Der Umschlag betrage tonnagemaessig 40 % von Hamburg. Danzig, das nordische Nuernberg, sei eine urdeutsche Stadt, die in jedem Deutschen sentimentale Regungen wecke und gerade dieses psychologische Element zwinge auch den Fuehrer, der Volksstimmung Rechnung zu tragen. Um die Lage dem italienischen Verstaendnis naeher zu bringen, muesse sich Graf Ciano einmal vorstellen, Triest befaende sich in jugoslavischen Haenden und eine starke italienische Minderheit auf jugoslavischem Boden wuerde mit brutaler Gewalt behandelt. Es sei kaum anzunehmen, dass Italien dies sehr lange ruhig mit ansehen wuerde.

H0830-0098

Graf Ciano erwiderte auf die Ausfuehrungen des Fuehrers, indem er zunaechst auf die grosse Ueberraschung hinwies, die auf italienischer Seite ueber den voellig unerwarteten Ernst der Lage bestehe. Weder in den Unterhaltungen von Mailand noch in den Gespraechen anlaesslich eines Berliner Besuches habe man deutscherseits zu erkennen gegeben, dass die Lage Polen gegenueber derartig ennst sei. Im Gegenteil habe der Reichsaussenminister erklaert, dass seiner Meinung nach die Danziger Frage im Laufe der Zeit geregelt werden wuerde. Auf Grund dieser Sachlage habe sich der Duce, getreu seiner Ueberzeugung, dass die Auseinandersetzung mit den westlichen Demokratien unumgaenglich sei, vorgenommen, seine Vorbereitungen fuer diesen Fall zu treffen und habe diese Plaene auf eine bestimmte Zeitdauer von 2 - 3 Jahren abgestellt. Falls ein Konflikt jetzt unumgaenglich sei, wuerde, wie der Duce noch bei der Abfeise des Grafen Ciano erneut betont haette, Italien selbstverstaendlich ganz an der Seite Deutschlands stehen, aber aus verschiedenen, im einzelnen aufgefuehrten Gruenden wuerde es die Verschiebung eines allgemeinen Konflikts auf einen spaeteren Zeitpunkt begruessen.

Graf Ciano stellte sodann anhand der Karte die italienische Lage bei Ausbruch eines allgemeinen Konflikts dar, Italien glaube, so fuehrte er aus, dass ein Konflikt mit Polen nicht auf dieses Land beschraenkt bleiben, sondern sich zu einem allgemeinen europaeischen Krieg auswachsen wuerde.

Der Fuehrer bemerkte hierzu, dass dies der Punkt sei, an dem die Meinungen auseinander gehen. Er persoenlich sei der felsenfesten Ueberzeugung, dass die westlichen Demokratien letzten Endes doch vor der Entfachung eines allgemeinen Krieges zurueckschrecken wuerden.

Graf Ciano erwiderte, er wuenschte, der Fuehrer behielte Recht, er glaube es aber nicht. Auf jeden Fall muesse man seine Ueberlegungen auf den unguenstigsten Fall, d.h. den allgemeinen Konflikt abstellen. Italien habe seit dem Abessinien-Konflikt eigentlich staendig in einer Art Kriegszustand gelebt und beduerfe daher dringend einer Atempause. Graf Ciano wies an Hand einzelner Zahlen nach, wie gross die materiellen Anstrengungen Italiens besonders auch im Spanienkonflikt gewesen seien. Es seien nunmehr Italiens Rohstoffvorraete voellig aufgebraucht. Es muesse Zeit haben, seine Laeger erneut aufzufuellen.

H0830-0099

Auch seine Kriegsindustrien, die saemtlich an einer exponierten Stelle laegen, muesste Italien nach Sueden verlegen, um sie besser verteidigen zu koennen. Ebenso sei die italienische Artillerie besonders die Flugabwehr ausserordentlich modernisierungsbeduerftig. Die lange Kuestenlinie und die sonstigen exponierten Stellen seien voellig ungenuegend verteidigt.

Auch die Flottenstaerke sei aeusserst unguenstig. Im Augenblick habe Italien den vereinigten englischen und franzoesischen 11 - 12 Schlachtschiffen nur 2 Schlachtschiffe entgegenzustellen, waehrend bereits in einigen Jahren 8 Schlachtschiffe insgesamt zur Verfuegung waeren.

Hier warf der Fuehrer ein, dass allerdings auch England und Frankreich ueber zusaetzliche Schlachtschiffe, 35.000 Tonner und 40.000 Tonner, verfuegen wuerden.

Graf Ciano wies auf die lange italienische, schwer zu verteidigende Kuestenlinie hin und auf die den englisch-franzoesischen Flotten zahlreich zur Verfuegung stehenden Stuetzpunkte, unter besonderer Beruecksichtigung der griechischen Haefen.

Besonders verwundbar sei Italien gegenwaertig in seinen Kolonien: Lybien sei zwar von Aegypten her schwer anzugreifen, waehrend es selbst die Moeglichkeit haette, nach Marsah Matru vorzustossen. Ganz anders dagegen sei die Lage Tunis gegenueber. Das Verhaeltnis der italienischen und franzoesischen Bevoelkerung sei wie 1 : 20, waehrend die weissen Truppenstaerken sich wie 1 : 5 zu Ungunsten Italiens verhielten. Ausserdem seien die italienischen Befestigungen nach der franzoesischen Grenze zu voellig ungenuegend. Erst kuerzlich seien neue Panzertuerme geliefert worden.

Abessinien sei zwar fast befriedet bis auf gewisse Gegenden laengs der Grenze nach den englischen Gebieten, wo die Englaender durch Geld und Propaganda Schwierigkeiten unter der Bevoelkerung hervorriefen, es handle sich aber um eine Befriedung an der Oberflaeche. Es wuerde genuegen, dass in einem allgemeinen Konflikt einige englische Flugzeuge ueber Abessinien Flugblaetter abwaerfen des Inhalts, dass die Welt gegen Italien aufgestanden sei und der Negus zurueckkehren wuerde, um den Aufstand der Abessinier wieder aufflammen zu lassen. Ausserdem wuerde im Konfliktsfalle Abessinien vom Mutterlande voellig abgeschnitten werden, und das Schicksal der 200.000 Italiener in Abessinien sei voellig ungewiss. In eini-

H0830-0100

gen Jahren wuerde man eine Armee von 400 - 500 000 Mann in Abessinien zu stehen haben und koennt in einem Konflikt, der dann ausbraeche, erfolgreich gegen den Sudan.Kennya, und das franzoesische Somaliland vorgehen.

Die Inseln des Dodekanes wuerden bei der Haltung der Tuerkei in Schwierigkeiten geraten. Allerdings wuerden sich Leros und Rhodos auf Jahre hinaus verteidigen.

Albanien, sei ein voellig unentwickeltes Land und wuerde erst in einigen Jahren eine wirksame Operationsbasis gegen den Balkan abgeben. Zunaechst muessten Strassen gebaut und die Bodenschaetze (Eisen, Kupfer, Chrom und Erdoel) ausgebeutet werden, dann koenne man daran denken, wie es der Fuehrer kurz angedeutet haette, erfolgreich nach Saloniki und in andere Richtungen des Balkans gleichsam laengs der 5 Finger einer ausgebreiteten Hand vorstossen.

Wirtschaftlich habe Italien Autarkieplaene, die sich erst in einigen Jahren verwirklichen lassen wuerden und dann Italien in den Stand setzten, auch einen laengeren Krieg ohne Schwierigkeiten durchhalten zu koennen. Ein weiterer Grund fuer den Wunsch des Duce, den Konflikt hinauszuschieben, seien die Italiener im Ausland, die planmaessig nach Italien zurueckgezogen werden sollten. In Frankreich lebten eine Million Italiener, von denen ungefaehr 700 000 endgueltig fuer Italien verloren seien. Die restlichen 300 000 aber wuerden im Konfliktsfalle von Frankreich als Geiseln benutzt werden, wie sich dies schon aus einigen im September v.J. in Frankreich getroffenen Massnahmen habe erkennen lassen.

Ausserdem lege der Duce persoenlich grossen Wert auf die ordnungsgemaesse Durchfuehrung der Weltausstellung im Jahre 1942, fuer die Italien grosse Vorbereitungen treffe und von der es auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders auch hinsichtlich der Deviseneingaenge, guenstige Resultate erhoffe.

Ausser diesen in Italiens Lage selbst begruendeten Erwaegungen spraechen jedoch auch Ueberlegungen allgemein politischer Art fuer die Verschiebung eines allgemeinen Konflikts. Das Einkreisungssystem der westlichen Demokratien wuerde nach der Ueberzeugung des Duce im gegenwaertigen Augenblick zweifellos funktionieren. Sei aber erst einmal eine gewisse Zeit verstrichen, so wuerden die Reibungspunkte und die Keime der Uneinigkeit unter den Partnern der Einkrei-

H0830-0101

sungsfront sich wieder stark bemerkbar machen und die Front allmaehlich zersetzen.

Ausserdem sei der Duce ueberzeugt, dass die augenblickliche Hochstimmung in England und Frankreich nicht laengere Zeit andauern koenne. Bald wuerde besonders in Frankreich, die Union sacree wieder durch den Parteizwist abgeloest werden, unter der Bedingung, dass von Seiten der Achse eine zeitlang Ruhe gehalten wuerde. Im Augenblick sei es jedenfalls nur der Achse zu verdanken, wenn in den betreffenden Laendern die inneren Streitigkeiten begraben wuerden.

Japans Stellung wuerde nach der in zwei Jahren zu erwartenden Beendigung des China-Konfliktes ebenfalls erheblich gestaerkt werden, waehrend die Stellung Roosevelts in Amerika nach einer Zeit der aussenpolitischen Ruhe aufs schwerste erschuettert werden wuerde, sodass er nicht ein drittes Mal zum Praesidenten gewaehlt werden koennte, was sicherlich der Fall sein wuerde, wenn demnaechst ein Konflikt ausbraeche.

Spanien, das sich eben erst eine achsenfreundliche Regierung gegeben habe (Serano Sunner, Beigbeder), beduerfe nach dem Buergerkrieg der Ruhe, wuerde aber in 2 - 3 Jahren als ein nicht ausser Acht zu lassender Machtfaktor an der Seite der Achse stehen. So wuerde z. B. Spanien innerhalb von zwei Jahren 4 Schlachtschiffe zu 35 000 tons bauen, deren Plaene in den letzten Tagen von einem italienischen General nach Spanien ueberbracht worden seien. Der Bau solle in El Ferrol stattfinden.

Aus diesen Gruenden sei dem Duce ausserordentlich viel daran gelegen (le Duce insiste), dass von Seiten der Achsenmaechte eine Geste gemacht wuerde, die den Friedenswillen Italiens und Deutschlands erneut bekraeftige. Dies konnte durch Veroeffentlichung eines Communiques erfolgen, das Graf Ciano bereits am Vortag dem Herrn Reichsaussenminister uebermittelt hatte und das er nunmehr erneut in folgender englischer (und franzoesischer) Fassung vorlegte:

"The Minister of Foreign Affairs of the Reich, Mr. von Ribbentrop and the Italian Minister of Foreign Affairs, Count Galeazzo Ciano, have examined - in the course of their conversations at Salzburg - the general situation in Europe and the problems concerning the common policy of the two allied countries.

The two poreign Ministers wore able zu realize once again in this occasion, the perfect identity of views existing betw een their Governments, and reaffirm the common decision of Germany and Italy to resist the policy of encerclement promoted by the great democracies and to defend their vital rights, opposing by force any attempt of aggression drected against them.

At the same time the Foreign Minister of the Reich and the Italien Foreign Minister wished to reaffirm the peaceful intentions of their Governments, and thoughtful of the destinies of Europe, they agreed to state that, according to their opinion, it is still possible to reach - through normal diplomatic negotiations betwéen the various interested Governments - a satisfying solution of the problems which trouble, in such a serious way, the life of Europe."

Graf Ciano erklaerte zu seinem Communique-Entwurf, dass der Duce zuneachst ja einen Konferenzvorschlag im Auge gehabt habe. Er habe sich den Bedenken des Fuehrers nicht verschlossen und bringe nunmehr einen anderen Vorschlag in abgemilderter Form, auf dessen Annahme er allerdings grossen Wert lege.

Zu dem Konferenzplan erklaerte der Fuehrer, dass bei zukuenftigen Zusammenkuenften der Maechte Russland nicht mehr ausgeschaltet werden koenne. In den deutsch- russischen Besprechungen haetten die Russen unter Hinweis auf Muenchen und andere Gelegenheiten, bei denen sie ausgeschlosssen wurden, zu verstehen gegeben, dass sie in Zukunft dies nicht mehr hinnehmen wuerden. Zu den vier Grossmaechten wuerden ausser Russland auch Polen und Spanien zu einer solchen Konferenz hinzugezogen werden muessen. Das bedeute aber, dass Italien, Deutschland und Spanien einer Front Englands, Frankreichs, Russlands und Polens gegenueberstehen wuerden, was sicherlich eine unguenstige Lage sei.

Graf Ciano erwiderte, der Duce sei der Ansicht, dass derjenige auf einer Konferenz gewinne, der bereit sei, , aber bereit sei, die Konferenz gegebenenfalls auch scheitern zu lassen und evt. kriegerische Folgen mit in Kauf zu nehmen. Im uebrigen habe der Duce den Bedenken des Fuehrers Rechnung getragen und seinen Vorschlag abgemildert. Er sehe in einer Friedensgeste Italiens und Deutschlands, wie sie in diesem Vorschlag enthalten sei, den Vorteil, dass den Westmaechten, die innerlich durchaus

H0830-0102

H0830-0103

nicht zu einem Kriege bereit seien, ihn aber nach der Ueberzeugung des Duce, die sich auf sehr zuverlaessige Nachrichten aus den Demokratien stuetze, im jetzigen Augenblick sicherlich beginnen wuerden, wenn sie gewissermassen von der Achse an die Wand gedraengt waeren und keinen anderen Ausweg saehen. Die vorgeschlagene Geste Deutschlands und Italiens stelle fuer die Westmaechte einen ehrenvollen Ausgang dar, den sie auch sicherlich benuetzen wuerden; denn es gebe weite Kreise, die vor einem Kriege warnten und deren Ruecken natuerlich durch eine Friedensgeste erheblich gestaerkt wuerde. Das bedeute aber, dass Polen, von dem sich die Westmaechte dann zweifellos distanzieren wuerden, nach einiger Zeit isoliert waere und sich zu vernuenftigen Loesungen der bestehenden Schwierigkeiten bereitfinden muesste.

Der Fuehrer erwiderte, dass fuer die Loesung des polnischen Problems keine Zeit zu verlieren sei. Je weiter man in den Herbst hineinkomme, desto schwieriger wuerden militaerische Operationen im Osten Europas werden. Ab Mitte September sei infolge der Wetterverhaeltnisse die Luftwaffe in diesen Gebieten kaum noch einzusetzen, waehrend die motorisierten Kraefte durch den Zustand der Strassen, die sich infolge der im Herbst einsetzenden Regen schnell in einen Morast verwandelten, ebenfalls unverwendbar wuerden. Von September bis Mai sei Polen ein grosser Sumpf und fuer irgendwelche militaerische Handlungen voellig ungeeignet. So koennte Polen im Oktober Danzig einfach besetzen - und das haette es wohl auch vor -, ohne dass Deutschland irgendetwas dagegen tun koenne; denn Danzig beschiessen und zerstoeren kaeme natuerlich nicht in Frage.

Graf Ciano fragte, in welcher Frist nach Meinung des Fuehrers die Danziger Frage geregelt sein muesse. Der Fuehrer erwiderte, dass diese Regelung bis ende August so- oder so erfolgen muesse. Auf die Frage Cianos, wie sich der Fuehrer eine Loesung vorstelle, erwiderte dieser, dass Polen politisch Danzig aufgeben muesse, wobei seine wirtschaftlichen Interessen selbstverstaendlich gewahrt werden wuerden, und dass es im uebrigen auch durch seine allgemeine Haltung zur beseitigung der Spannung beitragen muesse. Es sei ihm zweifelhaft, ob Polen dazu bereit sein werde; denn bisher habe es die deutschen Vorschlaege abgelehnt. Der Fuehrer

H0830-0104

habe persoenlich diese Vorschlaege bei seinem Besuch auf dem Obersalzberg gemacht. Sie seien fuer Polen ausserordentlich guenstig gewesen. Gegen eine politische Rueckgabe Danzigs an Deutschland unter voller Wahrung der polnischen Wirtschafts-interessen und die Herstellung einer Verbindung zwischen Ost-preussen und dem Reich habe Deutschland eine Grenzgarantie, einen 25 jaehrigen Freundschaftspakt und eine Beteiligung Polens am Einfluss auf die Slowakei zugesagt. Beck habe seinerzeit den Vorschlag mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, ihn pruefen zu wollen. Die scharfe Anlehnung sei erst als Folge der englischen Intervention erfolgt. Was im uebrigen Polen fuer Ziele haette, koenne man mit aller Deutlichkeit aus der Presse erkennen. Ganz Ostpreussen sollte genommen werden, man wolle bis nach Berlin vorr/uecken usw..Es sei fuer eine Grossmacht auf die Dauer unertraeglich, einen derartig feind-selig eingestellten Nachbarn in einer Entfernung von nur 15o km von seiner Hauptstadt zu dulden. Der Fuehrer sei da-her entschlossen, die Gelegenheit der naechsten politischen Provokation in Gestalt eines Ultimatums, einer brutalen Miss-handlung Deutscher in Polen, eines Aushungerungsversuchs Danzigs, eines Einrueckens polnischer Truppen in Danziger Ge-biet oder dergl. zu benutzen, um innerhalb 48 Stunden Polen anzugreifen und auf diese Weise das Problem zu loesen. Dies wuerde eine erhebliche Staerkung der Achse bedeuten, genauso wie eine italienische Liquidierung Jugoslawiens fuer die Achse einen erhebliche Kraeftezuwachs bedeuten duerfte.

Graf Ciano fragte, wann eine derartige Unternehmung gegen Polen zu erwarten sei, da sich Italien natuerlich auf alle Eventualitaeten vorbereiten muesse. Hierauf erwiderte der Fuehrer, dass unter den obwaltenden Umstaenden mit einem Vorgehen gegen Polen in jedem Augenblick gerechnet werden muesse.

Waehrend dieses Meinungsaustausches wurde dem Fuehrer ein Telegramm aus Moskau und ein Telegram aus Tokio ueberreicht Die Besprechung wurde auf kurze Zeit unterbrochen und Graf Ciano sodann der Inhalt des Moskauer Telegramms mitgeteilt. Die Russen seien mit der Entsendung eines deutschen politischen Unterhaendlers nach Moskau einverstanden. Der Reichsaussen-minister fuegte hinzu, dass die Russen

HO830-0105

ueber die Absichten Deutschlands gegen Polen absolut unterrichtet seien. Er selbst habe im Auftrage des Fuehrers den russischen Geschaeftstraeger informiert.

Der Fuehrer bemerkte hierzu, dass Russland seiner Ansicht nach nicht bereit sein werde, fuer die Westmaechte die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Stalins Stellung sei durch eine siegreiche russische Armee ebenso gefaehrdet wie durch ein geschlagenes russisches Heer. Russland habe hoechstens das Interesse, seinen Zugang zur Ostsee etwas zu erweitern. Deutschland habe nichts dagegen einzuwenden. Im uebrigen wuerde wohl Russland nie fuer Polen, das es von ganzem Herzen hasse, eintreten. Die Entsendung der englisch-franzoesischen Militaermission nach Moskau habe nur den einen Zweck, den katastrophalen Stand der politischen Verhandlungen zu verschleiern.

Nach einer weiteren Unterhaltung ueber den Communiquevorschlag des Grafen Ciano erklaerte der Fuehrer, er wolle sich diesen Vorschlag sowie die Ausfuehrungen des Grafen Ciano zur allgemeinen Lage einen Tag lang ueberlegen und schlage daher vor, dass die Verhandlungen am naechsten Tage wieder aufgenommen wuerden.

Salzburg, den 12. August 1939

gez. Schmidt.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. M. Horn.

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0830-0106

Ri. Exh. Nr.

A b s c h r i f t T.C. 77

Büro des Reichsaussenministers

AUFZEICHNUNG

über die Unterredung zwischen dem Führer und Grafen Ciano in Anwesenheit des Reichsaussenministers auf dem Obersalzberg am 13. August 1939.

Der Führer erklärte einleitend, er habe sich seit der letzten Unterredung die gesamte Lage noch einmal reiflich überlegt. Der Reichsaussenminister habe ihm inzwischen mitgeteilt, dass Graf Ciano unter den obwaltenden Umständen damit einverstanden sei, die Unterredung nicht mit einem Communiqué abzuschliessen. Auch er (der Führer) sei der Ansicht, dass dies der beste Weg sei. So bleibe nach jeder Seite hin Tür und Tor offen, niemand würde gebunden und nicht würde verhindert.

Grundsätzlich sei er im übrigen mit seinen Überlegungen zu dem gleichen Ergebnis gekommen, das er bereits in der gestrigen Unterredung mitgeteilt habe, nämlich, dass die Gefahr bestehe, zu weit in den Herbst hinein zu geraten sodass Polen für die Erreichung seiner verhältnismässig beschränkten Ziele freie Bahn bekäme. Es könne Danzig im Wege der langsamen Erpressung gefügig machen, wobei die vertraglichen Voraussetzungen für Polen ausserordentlich günstig seien. Danzig könne langsam abgeschnürt werden und dem wirtschaftlichen Ruin, ja sogar einer Hungersnot ausgesetzt werden. Von der zweiten Hälfte des Septembers und besonders auch Anfang Oktober ab, könne Danzig ohne weiteres von Polen besetzt werden. Es wurde dann eine Wiedereroberung des Korridors und Danzig deutscherseits erfolgen, aber irgendwelche grösseren militärischen Operationen seien zu dieser Jahreszeit nicht mehr möglich. Danzig würde dabei in Trümmern gehen. Die schweren motorisierten Kräfte Deutschlands, die zu einem Tiefenstoss gegen Polen benötigt würden, seien nicht mehr verwendbar. Bei einem strengen Winter würde das zwar möglich sein, gewisse militärische Operationen durchzuführen, aber die Vernebelung und Verschlämmung der Feldflugplätze sowie der gewöhnlichen Flughäfen mache jedes Einsetzen der Luftwaffe unmöglich. Wenn man deutsche Flughäfen benutzte, so würde die Flugstrecke stark verlängert, der Benzinverbrauch erhöht und die mitzuführende Bombenlast erheb-

H0830-0107

lich herabgesetzt werden. Es sei also von entscheidender Bedeutung, dass innerhalb kuerzester Zeit erstens Polen seine Absichten klar zu erkennen gebe und zweitens keinerlei Provokationen jetzt gefallen liesse, so muesse man sie erst recht im Oktober hinnehmen, wenn die Tank- und die Luftwaffe nicht mehr verwendungsfaehig seien. Die saisonbedingte Schwaeche Deutschlands sei dem polnischen Generalstab sehr wohl bekannt, und deshalb spiele Polen auf Zeit. Er (der Fuehrer) kaeme daher zu zwei Schlussfolgerungen:

1) Wenn eine neue Provokation erfolge, wuerde er schnellstens zugreifen,

2) Wenn Polen nicht klar und deutlich seine politische Stellungnahme zu erkennen gebe, so muesse eine derartige Stellungnahme herbeigefuehrt werden.

Man duerfe nicht vergessen, dass die "Nervensaeger", die die Polen durch Herbeifuehrung staendiger Zwischenfaelle und Provokationen angesetzt haetten, nunmehr drei Monate lang in Taetigkeit sei. Jedes Zeichen eines Nachgebens wuerde bei der slawischen Mentalitaet geradezu ein Ueberschaeumen des polnischen Uebermutes nach sich ziehen. Ein Nachgeben wuerde daher keinerlei Staerkung der Gesamtposition bringen, sondern ganz allgemein von den anderen Laendern als Schwaechezeichen ausgelegt werden.

Wenn die westlichen Demokratien den Entschluss, gegen die Achse vorzugehen, bereits fest gefasst haetten, so wuerden sie auf keinen Fall mit der Ausfuehrung ihres Planes 3 oder 4 Jahre warten und erst zu einem Zeitpunkt angreifen, an dem die Achsenmaechte ihre notwendigen Vorbereitungen abgeschlossen haetten, sondern sie wuerden den Konflikt frueher herbeifuehren. Haetten sie aber den Entschluss noch nicht fest gefasst, - was er (der Fuehrer) mit Ruecksicht auf den Ruestungsstand der westlichen Laender glaube, - so sei das beste Mittel, sie von einem Vorgehen zurueckzuhalten, Polen gegenueber schnell zu handeln.

Im uebrigen sei jede gelungene Einzelaktion eines Achsenpartners gleichbedeutend mit einer nicht nur strategischen, sondern vor allen Dingen auch psychologischen Staerkung des Partners sowie der gesamten Achse. Italien habe in Abessinien , Spanien und Albanien eine Reihe erfolgreicher Einzelaktionen durchgefuehrt und zwar immer gegen den Willen der demokratischen Entente. Diese Einzelaktionen haetten nicht nur in jedem -

H0830-0108

einzelnen Falle Italiens Interessen an Ort und Stelle gefoerdert, sondern auch seine Gesamtstellung ausserordentlich gestaerkt. Dasselbe sei bei Deutschlands Aktionen in Oesterreich, der Tschechoslowakei usw. der Fall gewesen. Auch hier haetten sich nicht nur die oertlichen Interessen verbessert, sondern die Gesamtstellung sei gefestigt worden. Die Achse als soche habe dabei erheblich gewonnen. Wenn man sich einmal vorstelle, dass die betreffenden Einzelaktionen nicht erfolgt waren, und sich klar mache, wie dann die Stellung Italiens oder Deutschlands gewesen waere, wie dann die Stellung Italiens oder Deutschlands gewesen waere, kaeme man noch deutlicher zu dieser vorgenannten Erkenntnis, dass materiell und psychologisch die Einzelaktionen die Gesamtstellung aufs staerkste gefördert haetten. Die Staerkung der Achse, die sich so ergeben habe, sei von groesster Wichtigkeit fuer die unausbleibliche Auseinandersetzung mit den Westmaechten. So wie die Dinge letzt laegen, koennten Italien und Deutschland in der Welt einfach nicht weiter existieren und zwar aus Platzmangel. Nun sei nicht etwa kein Platz mehr da, sondern der vorhandene Raum wuerde nur durch die jetzigen Besitzer voellig blockiert. Wie Geizhaelse saessen sie auf ihren Goldhaufen und berauschten sich daran, in ihren Reichtuemern herumzuwuehlen, ohne sie nutzbringend verwenden zu koennen. Die westlichen Demokratien seien von dem Willen geleitet, die Welt zu beherrschen und sachen Deutschland und Italien als nicht ebenbuertig an. Dieses psychologische Element der Missachtung sei vielleicht das Schlimmste an der ganzen Lage. Es koenne nur beseitigt werden durch einen Kampf auf Leben und Tod, den die beiden Achsenpartner umso besser bestehen koennten, als ihre Interessen sich an keinem Punkte ueberkreuzten. Das Mittelmeer sei unbestrittenerweise aus historischen und geographischen Gruenden Italiens ureigenste Domaene, in der ihm die Vormachtsstelle gebuehre. Der Duce habe ihm gegenueber auf dem "Conta Cavour" die Lage dadurch hervorragend charakterisiert, dass er sagte, Italien sei bereits jetzt allein durch seine geographische Lage, die vorherrschende Macht im Mittelmeer, dagegen erklaerte der Fuehrer, wird Deutschland den alten Germanenweg nach Osten beschreiten, der ihm auch aus wirtschaftlichen Gruenden angezeigt erschiene.
Dass Italien aus geographischen und historischen Gruenden die Vormacht des Mittelmeers sei, habe uebrigens auch der Gruender des III. Reiches, Bismarck, klar erkannt und in dem bekannten Brief an Mazzini zum Ausdruck gebracht. So verliefen denn die Interessenlinien Deutschlands und Italiens in ganz -

H0830-0109

verschiedenen Richtungen, und es koenne niemals zu einem Interessenkonflikt kommen.

Der Reichsaussenminister fuegte hier ein, dass, wenn die beiden in der gestrigen Unterredung vom Fuehrer genannten Probleme geloest waeren, Italien und Deutschland im Kampfe gegen den Westen den Ruecken frei haetten.

Der Fuehrer erklaerte, dass man Polen so niederschlagen muesse, dass es auf jeden Fall 10 Jahre lang kampfunfaehig sei. In diesem Falle koenne man sich mit dem Westen auseinandersetzen.

Graf Ciano dankte dem Fuehrer fuer die ausserordentlich klaren Darlegungen ueber die Lage. Er habe seinerseits nichts hinzuzufuegen und wuerde dem Duce in allen Einzelheiten ueber die Mitteilungen des Fuehrers berichten. In einem Punkte erbaete er vielleicht noch eine Praezisierung, um den Duce alle Elemente zur Beurteilung der Lagw an die Hand zu geben. Der Duce wuerde ja wohl keine Entscheidung zu faellen haben, da der Fuehrer der Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, dass der Konflikt mit Polen sich lokalisieren lassen wuerde. Auf Grund einer langen Erfahrung konnte er (Graf Ciano) sagen, dass der Fuehrer in seiner Beurteilung der Lage bisher immer Recht behalten habe. Aber wenn auch Mussolini keine Entscheidung zu treffen haette, so wuerde er doch gewisse Vorsichtsmassnahmen ergreifen wollen, und aus diesem Grunde stellte er (Graf Ciano) folgende Frage:

Der Fuehrer habe zwei Gruende genannt, aus denen er gegen Polen vorgehen wuerde. Erstens wenn Polen eine ernste Provokation vornaehme und zweitens, wenn es seine politische Haltung nicht klaere. Die Provokationen seien von dem Willen des Fuehrers unabhaengig und koennten jederzeit erfolgen, worauf dann in jedem Augenblick die deutsche Gegenaktion ausgeloest wuerde. Der Zweite Fall jedoch schliesse gewisse Fristen ein. Er frage daher, bis zu welchem Datum Polen seine politische Haltung nach Ansicht Deutschlands geklaert haben muesse, wobei er durchaus Verstaendnis fuer die saisonbedingten Gegebenheiten der Lage habe.

Der Fuehrer erwiderte, dass die Klaerung der politischen Stellungnahme Polens bis spaetestens Ende August erfolgt sein muesse. Da zwar der entscheidende Hauptteil der militaerischen Operationen gegen Polen innerhalb von 14 Tagen durchgefuehrt werden koennte, die endgueltige Liquidierung jedoch immerhin noch weitere 14 Tage bis 4 Wochen in Anspruch nehmen wuerde, sie daher erst Ende September, Anfang Oktober abgeschlossen werden koennte. Daraus ergebe sich der Termin Ende August notwendigerweise.

H0830-0110

Zum Schluss versicherte der Fuehrer dem Grafen Ciano erneut, dass er seit seiner Jugend fuer die deutsch-italienische Zusammenarbeit eingetreten sei und in keiner seiner Publikationen etwas anderes zu finden waere. Er sei von Anfang an der Ansicht gewesen, dass Deutschland und Italien von Natur aus zum Zusammengehen bestimmt seien, weil zwischen ihnen keinerlei Interessengegensaetze bestuenden. Persoenlich sei er gluecklich, in einer Zeit zu leben, wo ausser ihm selbst noch ein anderer Staatsmann lebe, der gross und einmalig sein koenne, bedeute fuer ihn grosses persoenliches Glueck. Wenn die Stunde des gemeinsamen Kampfes schlage, so wuerde er immer an der Seite des Duce zu finden und zwar auf Gedeih und Verderb.

Salzburg, den 13.9.1937

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Dr. Martin Horn
(Dr. Martin Horn)
Rechtsanwalt.